

Erste Ausgabe täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfennig. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pfennig. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Einzelhefte in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6490.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitungsnummer oder deren Raum 40 Pfennig, für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfennig. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluss: Amt VI, Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 19. August 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Ein überflüssiges Institut.

Die Regierung tastet im Dunkeln umher. Sie weiß nicht, was sie thun soll, und doch hat sie, wie es scheint, ein unbestimmtes Gefühl, als ob die Arbeiterwelt mit dem ihr gebotenen sogenannten Arbeiterschutz sich doch nicht wohl begnügen werde. Dies unbestimmte Gefühl ist es wohl, was den Handelsminister veranlaßt hat, eine „Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen“ in Aussicht zu nehmen.

Ja — Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen! Die Herren Unternehmer gerathen zwar jedesmal in Wuth, wenn man den Werth ihrer Wohlfahrts-Einrichtungen anzweifelt und darthut, daß die meisten derselben aus den Profit zu geschneitten sind. Aber seitdem das Dollfus-Märchen in Maßhaußen und andere schöne Truggebilde so gründlich zerlegt sind, können sie es den Arbeitern nicht verübeln, wenn diese an die „Wohlfahrt“ nicht mehr recht glauben.

Wollte man den Arbeitern Vertrauen zu Wohlfahrts-Einrichtungen einflößen, so war der einzige Weg klar vorgezeichnet. Dann müßte man die Schaffung solcher Einrichtungen nicht der Willkür, dem Belieben und dem zweifelhaften „Wohlvollen“ der Unternehmer anheimgeben, sondern man müßte sie durch Gesetze feststellen und allgemeine Vorschriften erlassen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte in ihren ausführlichen Anträgen die Wünsche der Arbeiter, die sie nicht bei der Studirlampe ausgeheckt, sondern aus der Wirklichkeit geschöpft hatte, zusammengefaßt. Dann mußten eine scharfe Kontrolle und eine Reihe von vollständigen Körperschaften ins Leben gerufen und für die prompte und sichere Ausführung der Vorschriften gesorgt werden. Aber die im Reichstage zusammen operirenden alten Parteien wiesen Alles brüsk ab und nahmen im Wesentlichen die Vorschläge der Regierung an, die bekanntlich sehr wenig „Arbeiterschutz“, aber recht viel „Arbeitertum“ enthalten und keineswegs den Anforderungen der Zeit, auch wenn solche zu bescheiden als möglich gefaßt werden, gerecht geworden sind.

Man hat also die Gelegenheit, Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen in zeitgemäßem Sinne zu schaffen, nach einer ganz anderen Richtung hin benutzt und kann deshalb nicht verlangen, daß die Arbeiter nun dem Gedanken einer „Zentralstelle“ eine besondere Bedeutung beimessen, denn es handelt sich um eine halbe, schwächliche Maßregel, um die Einsetzung einer Behörde, die nur beratende und begutachtende Thätigkeit auszuüben hat. Gesetze, die von dieser Zentralstelle auszu führen wären, giebt es nicht.

Die Zusammensetzung dieser Behörde vollends dürfte bewirken, daß sie auf die Arbeiterwelt auch nicht den mindesten Einfluß gewinnen wird, der doch erforderlich wäre, wenn die Arbeiten derselben ersprießlich sein sollen. In den Beirath zu der Zentralstelle sind berufen: „Exzellenz Herzog“, Schrader, wohl der bekannte Wadstrumpf-Politiker, Professor Sneyd, „der Mann, der Alles beweisen kann“, Professor Schmoller, der nationalliberale Fanatiker und ehemalige Großindustrielle Kalle, und Sombart, ebenfalls nationalliberal, der sich mit dem Studium ländlicher Arbeiterverhältnisse beschäftigt.

Herr Kalle soll die Regierung auf den Gedanken gebracht haben. Wir gratuliren. Wenn erst Herr Kalle die Sozialpolitik der Regierung inspirirt, dann wird es bald — anders werden!

Je weniger Einfluß diese nationalliberalen Professoren und Kapitalisten auf die Arbeiter haben, um so besser werden sie sich mit den Unternehmern stellen, und werden in Bezug auf Wohlfahrts-Einrichtungen die Vorschläge der Unternehmer bei ihnen die wohlwollendste Begutachtung finden. Damit wären wir auch mit dem Institut selber fertig, ohne auch nur zu erkennen, daß für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen im Deutschen Reich keine anderen Fachmänner existiren sollen, als die vorge schlagenen.

Gerade wie wenn es darauf abgesehen wäre, dieser Zentralstelle von vornherein den Weg zu den Arbeitern völlig abzuschneiden, erscheint in diesem Augenblick der Aufruf der nationalliberalen Partei zu den Landtagswahlen in Baden. In diesem Aufruf wird gesagt, daß die nationalliberale Partei die Aera der Sozialpolitik für abgeschlossen erachte.

Diese Partei hat freilich noch nie eigene Ideen gehabt und kann keine haben, seit der Herzog von Lauenburg ihr keine Befehle mehr ertheilt. Drum giebt sie auch die Sozialpolitik auf.

Und da kommt eine Zentralstelle für Wohlfahrts-Einrichtungen für Arbeiter, eingehüllt in eine Wolke von nationalliberalen Professoren und Kapitalisten, daher!

Wir glauben, daß die Arbeiter diese unglückliche Zentralstelle völlig ignoriren werden. Und wir können ihnen das auch nicht verdenken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. August.

Nichts als die aus der konservativen Presse bereits hinlänglich bekannten Redewendungen hat der „Reichs-Anzeiger“ beizubringen vermocht, um die Ablehnung

der vom Volk geforderten Getreidezoll-Suspension durch das Ministerium zu rechtfertigen. Der erste Satz seines Plaidoyers:

„Die an das ungünstige Wetter der letzten Wochen geknüpften Befürchtungen einer ungenügenden Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln entbehren der hinreichenden Begründung“ —

ist das Leitmotiv. Ueberall dieselbe Kühnheit und Wetterfestigkeit im Behaupten! Man höre:

Wie die im verflohenen Frühjahr laut gewordenen Besorgnisse, daß die vorhandenen Vorräthe an Brodstoffen nicht groß genug seien, um die Ernährung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte sicher zu stellen, sich nicht bestätigt haben, so ist auch die damals weit verbreitete Annahme, daß der Einfluß des außerordentlich strengen Winters auf den Ertrag des Feldbaues ein sehr vererblicher sein werde, durch die weitere Entwicklung der Früchte widerlegt worden. Diese Entwicklung ist, abgesehen von einzelnen verhältnismäßig wenig umfangreichen Distrikten, eine über Erwartung günstige gewesen.

Beweis dafür der jetzige Weizenpreis von 250 und der Roggenpreis von 270 M.! In der That eine über Erwartung günstige Entwicklung. Nur diejenigen Kreise, welche zufällig über keinen Grundbesitz verfügen, dürften einige Ursache haben, die Entwicklung als weniger günstig anzusehen. Alle aber werden niemals ganz zufrieden sein.

Ebensovienig wie damals — wird das Volk des Weiteren belehrt — liegt aber im gegenwärtigen Augenblicke, in welchem noch nicht einmal die Roggenernte überall beendet ist, ein Grund vor, die Hoffnung aufzugeben, daß der Gesamtenergieertrag hinter dem Durchschnittsergebnis früherer Jahre nicht zurückbleiben werde. Den lauten Klagen über die Behinderung der Ernte-Arbeiten durch die Ungunst der Witterung stehen zahlreiche Meldungen über einen reichlichen Ertrags des eingebrachten Kornes gegenüber. Ein völlig zutreffendes Bild über den Ertrag der Ernte wird sich erst nach ihrer Beendigung gewinnen lassen, und für die Frage, ob ein Mangel an Nahrungsmitteln zu besorgen sei, wird insbesondere das tatsächliche Ergebnis der Kartoffelernte ins Gewicht fallen. Wenn auch die bisherige Entwicklung der Kartoffelernte in manchen Gegenden durchaus nicht befriedigt, so entbehrt doch zur Zeit die Annahme eines völlig ungenügenden Ertrages der Begründung.

Welches sind die wunderthätigen Geheimquellen, aus denen die Regierung ihre Informationen über den günstigen Ausfall der Roggenernte schöpft? Wenn die Roggenpreise, bevor noch das russische Roggenausfuhr-Verbot erlassen war, die Höhe des Weizenpreises erreichten, dann liegt noch immer kein Grund vor, anzunehmen, daß die Roggenernte hinter dem Durchschnittsertrage zurückbleibt? Was beweisen zahlreiche Meldungen über einen reichlichen Ertrags des eingebrachten Kornes — ein in seiner Unbestimmtheit klassischer Ausdruck — gegenüber diesen ziffermäßig überzeugenden Thatsachen der wirklichen Preisbildung? Die Leute an der Börse pflegen sich auf ihren Profit zu verstehen, oder glaubt die Regierung etwa, daß sie aus Bosheit oder Vergnügen zu solchen Preisen handeln? Ganz besonders erfreulich müssen die letzten Bemerkungen

Fenilleton.

Augbrust verboten.)

20

Kapitän Lobe.

Von John Law.

Autorisirte Uebersetzung aus dem Englischen von Regina Bernstein.

Allmähig wurde indeß das fährende Licht unnötig, die Morgendämmerung zeigte das mit starrem Thau bedeckte Gras und ließ die mit Thautropfen beladenen Äste der Bäume erkennen. Sie kamen durch ein zweites Dorf, wo ebenfalls die Bewohner noch schliefen, und gingen durch ein Gehölz, zu dessen rechter und linker Seite Hopfengärten lagen. Es ist unmöglich, das Entzücken und Erstaunen der Londoner Stadtkinder, der „Cockneys“, zu beschreiben, die nie zuvor Hopfen wachsen gesehen und höchstens durch Verwände und Jernnde von den Gärten gehört hatten. Das Erste, was sie thaten, war, den Hopfen zu kosten, um zu sehen, ob die grünen Dinger auch so schmecken, wie das in Whitchapel verkaufte Bier.

„Wenn man bedenkt“, sagte ein alter Mann zu Kapitän Lobe, „daß wir hier herunter kommen, unsern leibhaftigen Pfad zu sammeln, daß wir auf diese Weise mit helfen, den Stoff zu bereiten, der unser Ruin ist, wird einem ganz eigen zu Muth!“

„Ach was, wenn wir ihn nicht sammeln, thut es Jemand anders,“ bemerkte eine Frau. „Das Bier würde

doch gemacht werden und wir sind ja nicht gezwungen, es zu trinken.“

Diese grünen, weichen Dinger hier, die so unschuldig aussehauen,“ fuhr der Philosoph fort, indem er einige Hopfenzäpfchen durch die Finger gleiten ließ, „sind vom bösen Geist erfüllt.“

Schließlich kamen sie an ein Gehege von Fichtenbäumen, das zu einer Kirche führte. Es war eine sehr bescheidene kleine Kirche, mit Moos und Kräutern bedeckt und mit Baumhöhlungen am Rande des Daches, die von den Krähen dorthin verpflanzt waren. Das Krächzen einer ganzen Schaar dieser Vögel könnte einen glauben machen, daß sie sich diesen Platz ausgesucht, um hier ihre Versammlung abzuhalten, denn keine Hütte, kein Haus war ringsherum zu sehen. Die Krähen schauten mit klugen Augen auf die Hopfenleser, als ob sie Fremde unter ihnen herauserkennen, und krächzten ein lautes Willkommen.

In der Ferne hörte man Hämmergeläut, sonst unterbrach nichts die Stille. Auf den Gräbern bei der Kirche wuchs das hohe Gras, das Walt Whitman die „Haare der Todten“ nennt, und wilde Rosensträucher breiteten ihre Zweige über die Grabsteine. Solche wilde Rosenbäume sind auf unsern sorgsam gepflegten englischen Kirchhöfen nur selten zu finden, aber sie wachsen an einem denkwürdigen Platz in Paris. Ein Besucher des Père la Chaise, der die allbekanntem Fußwege verläßt, wird im Umherstreifen an einen Platz gelangen, wo die Kommensführer begraben liegen. Langes Gras, wilde Blumen und wilde Rosenbäume wachsen dort auf den ungleichen Erdbügeln. An der gegenüberliegenden Mauer sind Kränze befestigt, und inmitten der Kränze befindet sich eine mit Krepp diapirte Immor-

tellenkrone, auf der das Wort „Vaincu“ geschrieben steht. Es ist der trostloseste Platz auf Erden, und wenn er dort verweilt, kann der Besucher beobachten, wie Menschen mit traurigen Gesichtern dorthin gepilgert kommen und die wilden Rosen pflücken, während ihre Augen über Paris hinschweifen. Im Allgemeinen giebt es wenige Dinge, die so traurig stimmen, als ein mit hohem Gras und wilden Rosen bewachsener Kirchhof, denn ein solcher scheint zu sagen, daß die Todten, die da liegen, vergessen sind. Der düstere Eindruck des Platzes machte sich auch bei den Hopfenlesern bemerklich, die an ihren Bow-Kirchhof gewohnt sind, der stets voller Menschen ist und auf dem die Gräber ein feierliches Aussehen haben.

Die Uhr auf dem Kirchturm zeigte auf sechs.

„Ich möchte um Alles in der Welt nicht hier begraben sein,“ bemerkte eine Frau. „Es macht mich schauern.“ Sie eilten vorwärts zu den Baraden, die der Gutsherr für die Hopfenleser bereit hält. Während der Wintermonate benutzt er sie für seine Schweine und Kälber, sobald aber die Zeit kommt, wo die Hefe Whitchapels erwartet wird, werden sie geweiht und mit Stroh belegt.

Die Baraden lagen an der Rückseite einer Farm, nicht weit vom Kirchhof entfernt. Als die Leute an einigen Bäumen vorbei zur Scheune gelangten, fanden sie den Verwalter bereits zu ihrem Empfang vor.

„Nicht mehr als zehn in einer Abtheilung, bitte,“ sagte derselbe höflich, auf die Baraden zeigend, die als einzige Ventilation einige in die hölzernen Thüren eingebohrte Löcher aufwiesen. „Alles Kochen und Waschen, meine Damen

7 Zu deutsch: Besetzt!

über die Kartoffelernte wirken. Ob ein Mangel an Nahrungsmitteln zu befürchten sei, dafür — das konstatiert der „Reichsanzeiger“ — wird insbesondere das tatsächliche Ergebnis der Kartoffelernte ins Gewicht fallen. Und dann gleich darauf: „Wenn auch die bisherige Entwicklung der Kartoffelernte in manchen Gegenden durchaus nicht befriedigt, so entbehrt doch zur Zeit die Annahme eines völlig ungenügenden Ertrages der Begründung.“ Dieselbe Regierung also, welche dem heutigen Roggenpreise zum Trost noch eine Durchschnittsernte dieser Frucht zu hoffen wagt, mußte es bereits aufgeben, den Kartoffelnotstand hinwegzudisputieren. Nur ob der „Ertrag völlig ungenügend“ sein würde, darüber ist sie sich „zur Zeit“ noch nicht klar. Sie erklärt, daß für das Eintreten einer Hungersnot der Ausfall der Kartoffelernte insbesondere wichtig sei, sie räumt das Bestehen einer Kartoffelnot so unumwunden, als es im offiziellen Stille zu erwarten ist, ein — und sie beschließt, die Hölle auf Getreide, das für die breiten Schichten noch am ehesten die Kartoffel ersetzen kann, aufrecht zu erhalten!

Auch das von der kaiserlich russischen Regierung erlassene Verbot der Ausfuhr von Roggen vermag die Forderung einer Herabsetzung oder Aufhebung des Getreidezölle nicht zu unterstützen. Als Ersatz für den Ausschluß russischen Roggens von den deutschen Märkten wird einerseits die Verwendung des Weizens zur Volksernährung in erweiterten Ausmaßen, sodann aber die Zufuhr von Roggen aus anderen zur Abgabe dieser Getreideart fähigen Ländern in Aussicht genommen werden können.

Ist aber der Weizen, wenn augenblicklich auch billiger als Roggen, nicht immer noch enorm theuer? Die armen Leute pflegten nicht aus angeborener Abneigung gegen den Weizen sich mit Roggenbrot zu versehen, sondern aus anderen Gründen.

Ueber die leidige Frage, ob bei solchem Nothstand die Regierung neben der natürlichen Theuerung, gegen die sie machtlos ist, auch noch die künstliche Theuerung durch Zölle, die ihr eigenes, widerrechtliches Werk ist, aufrecht erhalten darf, setzt sich der „Reichsanzeiger“ folgendermaßen lähn hinweg:

„Die vielfach geforderte Aufhebung oder Herabsetzung der Getreidezölle würde aber weiter, wenn überhaupt, bei der gegenwärtigen Höhe der Getreidepreise eine merkliche Einwirkung auf den Preis des Brotes gar nicht zu äußern vermögen. Schon die im Frühjahr dieses Jahres gemachte Erfahrung, daß die Erwartung einer solchen Maßregel eine Hausbewegung im Auslande hervorgerufen hat, läßt kaum einen Zweifel darüber, daß jede Herabminderung der deutschen Zölle zunächst zu einer Erhöhung der Preise auf den ausländischen Märkten führen wird, so daß, zumal bei der gleichzeitigen Beteiligung des Zwischenhandels an den Vortheilen der Maßregel, für den inländischen Konsum nur ein äußerst geringer, vielleicht gar kein Nutzen erwachsen würde. Sodann aber erinert sich dieser Nutzen naturgemäß umso mehr, je höher die Getreidepreise sind, je niedriger sich also das Verhältnis des Brotes zu ihnen stellt.“

Mit anderen Worten, je theurer das Brot ist, um so leichter kann das Volk noch einen Zuschlagspreis dafür bezahlen. Nach der gewöhnlichen Logik sollte man gerade das Gegentheil annehmen, aber wenn es der „Reichsanzeiger“ sagt, wird es wohl stimmen. Wieviel durch Beseitigung der Zölle der Zwischenhandel gewinnen würde, das kann weder die Regierung noch sonst Jemand voraussagen. Angenommen einmal, es wäre ein effikaces Stück Geld und die Verbilligung des Brotes bliebe hinter den berechtigten Erwartungen zurück, zum mindesten hätte dann die Regierung für das Volk in dieser Sache gethan, was in ihrer Macht steht. Bis das aber nicht geschehen, erblickt das Volk in ihr einen verantwortlichen Mitschuldigen des Nothstandes. Stände den Konservativen das Interesse der Politik nicht so tief unter dem Interesse des eigenen Geldbeutels, sie gerade, als die Vertreter des „monarchischen Prinzips“ müßten die eifrigsten, die rücksichtslosesten Propagandisten der Zoll-Suspension sein. Einer von den agrarischen Hauptführern, Graf Ranitz, ist auch bereits etwas feurig geworden. In einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung“ plädiert er gegen die Getreidezölle, die, wie die Verhältnisse jetzt liegen, sich doch kaum werden aufrecht erhalten lassen. Der jetzige Roggenpreis — der höchste in diesem Jahrhundert — gäbe zu den ernsthaftesten Bedenken Anlaß.

Endlich — so schließt das Schriftstück — kommt in Betracht, daß für Deutschland, auch wenn die durchaus notwen-

dige Erhaltung und Hebung der Leistungsfähigkeit der vaterländischen Landwirtschaft der Regierung eine sorgfältige Pflege ihrer Interessen nicht in so hohem Grade, wie gegenwärtig, zur Pflicht machte, doch angesichts der schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen jede Veränderung des Getreidezolltarifs für die mit gleichem Eifer verfolgten Interessen der einheimischen Industrie bedenklich sein würde. Die Regierung hält es nicht für angelegentlich, durch eine autonome Herabsetzung der Getreidezölle die Erfolge möglicherweise in Frage zu stellen, welche von jenen Verhandlungen für eine fruchtbarere Entwicklung der vaterländischen Arbeit erwartet werden dürfen.“

Landwirtschaft und Industrie, Großgrundbesitzer und Großunternehmer könnten bei der Zollaufhebung Schaden nehmen. Darum ist es besser, das Volk schade sich ins Unvermeidliche und schmale den Hungerriemen fester. Es ist gut, daß der „Reichsanzeiger“ das nun auch in seiner Sprache bestätigt hat. —

Wie unerträglich die Verhältnisse des ländlichen Proletariats sind, zeigt wieder einmal eine Zuschrift des „Berliner Tageblatt“ aus Masfuren, der wir folgendes entnehmen:

Es vergehen Wochen, ja Monate, bis einmal ein Stückchen Fleisch gekauft wird. Kartoffeln — die hier bereits drei Mark pro Scheffel kosten — in allen Gestalten, Erbsen, grobes Brot und ein mit dem Namen Kaffee belegtes Getreide, in welchem Eichorien und gedramte Gerste oder Roggen den Hauptbestandteil bilden, sind die alltägliche Nahrung. Es ist ein Glück, daß auf dem Lande die kleinen Leute Gelegenheit haben, bei den Bauern und Besitzern einige Scheffel Kartoffeln anzusehen, wofür sie sich zu einigen Tagen Arbeit in der Erntezeit verpflichten. Das wird für den künftigen Winter für sehr, sehr viele Familien der einzige Schutz gegen den Hunger sein, vorangesetzt, daß die Kartoffeln in diesem Jahre nicht so schlecht gerathen, daß sie im Keller versaulen. Leider scheint dazu alle Aussicht zu sein; denn solch anhaltendes Regenwetter erlebt zu haben, können sich auch die ältesten Leute nicht entsinnen. Seit der zweiten Hälfte des Juni sind kaum acht Tage zu verzeichnen, an denen es am Tage oder in der Nacht nicht geregnet hat. Infolge dessen hört man schon allgemein klagen, daß die Kartoffeln selbst auf Sandboden nicht mehlig, sondern glasig sind. Auf schwerem Boden faulen sie bereits. Es ist gar nicht zu verwundern, daß man vielfach die Absicht ausspricht, im Herbst den Kartoffelvorrath, Schwein, Hausgeräth zu verkaufen und nach Berlin resp. dem Westen zu ziehen. Anreiz dazu, auch von außen, ist vielfach vorhanden.

Wie übel es in diesem Jahre aber auch im „Westen“ aussieht, darüber geht uns eben jetzt eine Zuschrift ein:

Einer der ältesten Elberfelder Armenpfleger klagt in einem Briefe vom 14. d. M. seinem Sohn, daß die Armuth unter der Arbeiterklasse infolge von Arbeitsmangel und Theuerung aller Lebensmittel zunimmt. Wir gehen sicher einer neben traurigen Zukunft entgegen. In diesen 20 Jahren habe ich nie Schlimmeres in Bezug auf Armuth und Elend erfahren, als in der Jetztzeit. Dazu gefügt sich eine Zerrüttung der Gemüther und Lockerung aller Familienbände. In welchem Maße die Armuth schon jetzt zugenommen hat, beweist ein Faktum: in den vierzehn Tagen zwischen den letzten Hauptfestungen der Armenverwaltung wurde an die Außenarmen (die nicht in geschlossenen Anstalten sind) an Paar-Unterstützungen bewilligt 6870 Mark, über 1400 Mark mehr, als in den entsprechenden 14 Tagen 1890. Und das im Sommer! — Grung von diesen traurigen Bilder.“

Daß der Briefschreiber kein Sozialdemokrat ist, brauchen wir wohl nicht erst hervorzuheben. Den Nothstand sieht eben Jeder, der Herz und Augen nicht absichtlich verschließt.

Die Spenger Landfriedensbruch-Affäre wird von der eisenstimmigen Ordnungspresse nach Kräften umgelogen. Es lohnt sich nicht der Mühe, die einzelnen Organe namhaft zu machen, welche von der „Kreuz-Ztg.“ und der „Adnischen Zeitung“ an bis herab zum kleinsten Subelblättern der provinziellen „Ordnungspresse“ Tag in Nacht und wahr in falsch hinsichtlich unseres Berichtes über das Spender Vubensstück umzulügen suchen, wir wollen lieber das Urtheil einer sonst gequerrischen Zeitung, des „Berliner Tageblatts“ bringen, welches zu der Angelegenheit bemerkt:

„Die Forderung nach gründlicher Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen muß jeder anständige Mensch unterschreiben. Wohin soll es führen, wenn erst die Partei-

Entfernung blau ausfallen. Dieser töthliche Nebel, der das Auge wie ein Versprechen der Unendlichkeit befriedigt, ohne den Geist durch einen Blick in das, was wir das Unendliche nennen, zu ermüden, wirkte wie Balsam auf den müden Sinn des kleinen Heilsarmeekapitän. Die Natur ist eine gute Pflegerin, jedoch ein sehr, sehr schlechter Arzt. Wenn wir als Konvaleszenten oder von einem schleichen- den Nebel befallen, zu ihr kommen, so nimmt sie uns in ihre Arme und sagt uns das Wiegenlied des Universums vor. Doch wehe dem Menschen, der von der Natur Heilung verlangt, wenn er unter dem Einfluß einer starken Erregung steht, von einer Leidenschaft geschüttelt wird. Unsere Empfindungen, unsere Leidenschaften sind für sie unbedeutende Dinge, die sie keiner Beachtung würdigt, ebensowenig, wie sie sich herabläßt, auf Stürme und Erdbeben Rücksicht zu nehmen. Sie schafft genau in der alten Weise weiter, ob die Wellen sich über ein Schiff von Auswanderern geschlossen haben, oder ein Lavaström ein Dorf verschlingen hat. Ist es da wahrscheinlich, daß sie sich herabläßt, kleine Herren der Schöpfung zu beruhigen, deren heißes Blut der Lanzette des Arztes bedarf, bevor sie einen Augen von ihrer kalten Kompresse erwarten dürfen?

Kapitän Lobe stand still; er athmete die frische Morgenluft, er horchte den Vögeln zu und schaute auf die Hopfenstauden, die gleich Gurulanden an beiden Seiten von ihm sich emporraukten. Er empfand das Glend der großen Stadt als eine weniger schwere Bürde, die Befehlung der Höhlenbewohner als eine weniger hoffnungslose Aufgabe.

„Hier werden sie auf mich hören“, dachte der kleine Enthusiast. „Hier werde ich manche Seele gewinnen. Hier ist es so schön, daß sie das Hassenswerthe der Sünde so erkennen werden, wie sie es niemals in Whitechapel erkennen können.“

Dann schaute er wiederum auf den Hopfen und erinnerte sich der Worte des alten Mannes: „Wir kommen hierher, um unser eigenes Unheil zu sammeln.“ Er kuschelte schwer und sprach zu sich selbst: „Die Schlange ist schlauer als irgend ein Thier auf dem Felde; sie ist hier ebenso gut zu Hause wie im East-End von London.“

Kämpfe im Lande mit Knäppeln und Messern ausgefochten werden? Keine Regierung darf solche Bürgerkriege im Kleinen dulden. Ueber die Zeiten des Faustrechts muß ein Reich wie Deutschland hinaus sein.“

Wir müssen für solche Vorkommnisse die Leitung des Staats verantwortlich machen, für welchen zu stehen die Sozialdemokraten notorisch mehr herangezogen werden, als z. B. die Hochmurer betrügerischen Millionäre es wurden, und die den sie 1870/71 auf dem Schlachtfelde so gut ihr Leben opfern mußten, wie die Gegner, von denen übrigens der größte Theil, wenigstens soweit er heute herrschende Stellungen einnimmt, damals daheim hinterm Ofen hockte. Wenn nach Aufhebung des Sozialistengesetzes das Justizministerium nicht in dem bekannten Geleß dem Sinne nach aufgeföhrt hätte, gerade gegen Sozialdemokraten bei Verstößen gegen das Gesetz mit der rücksichtslosesten Strenge vorzugehen, woraus die Unterbehörden heranzulesen mußten, daß die Sozialdemokraten auch ferner als Staatsbürger zweiter Klasse betrachtet werden dürften, so würde heute Niemand wagend unsere Genossen in ihrer friedlichen, geschmähtigen Propaganda mit Anwendung körperlicher Gewalt zu föhren. Vorkommnisse wie die in Giesleben und Spenge sind ein Schandmal für die öffentlichen Verhältnisse des deutschen Reichs, und Pflicht der Staatsleitung ist es, Maximen, welche zu solchen Vorkommnissen föhren müßten, mit Grundstößen zu vertauschen, welche, wenn nicht der Gerechtigkeit, so doch wenigstens der gesellschaftlichen Wohlthätigkeit entsprechen. —

In dem „Militärischen Wochenblatte“ wird das Erscheinen der „Gesammelten Schriften und Denkwürdigkeiten Moltke's“ angekündigt. Der zuerst erscheinende Band enthält eine nach dem Generalsabwurf gearbeitete, zusammenfassende Geschichte des deutsch-französischen Krieges, die Moltke in seinen letzten Lebensjahren niedergeschrieben. Sehr viel zu denken giebt der Schluß der Buchanzeige. Moltke's Schrift — heißt es da — hält an einem Grundsatz fest, den der Feldmarschall gelegentlich seinem Vessien gegenüber ausgesprochen hat und der von der edlen Denkweise des großen Todten erneutes Zeugniß ablegt. Er sagt nämlich: „Was in einer Kriegsgeschichte publiziert wird, ist stets nach dem Erfolge appetit, aber es ist eine Pflicht der Pietät und der Vaterlandsliebe, gewisse Prestigen nicht zu zerstören, welche die Siege unserer Armeen an bestimmte Persönlichkeiten knüpfen.“ Preussische Mythologie — statt preussischer Geschichte. Die historische Grundfay wird im Vaterlands Treitschke's nicht Vorliebe praktiziert. Originell ist nur, daß man ihn offen ausspricht und darin ein besonderes Zeichen „edler Denkwiese“ erblickt. —

Aus Frankreich werden immer neue Kundgebungen des Russenwahnsinns gemeldet, trotzdem die ständige Presse energisch abmahnt. In einer Boulangersversammlung, die der Tagesmode entsprechend mit der Marfcellaise und der russischen Nationalhymne eröffnet wurde, priesen die Deputirten Laur und Millivoire die russisch-französische Bündniß in begeistertem Tzaden. Nach Schluß der Versammlung kam es zu heftigen Straßenschmägen. Gegner griffen die Wagen der Redner mit Steinwürfen an. Zwei Revolvergeschüsse sollen abgefeuert worden sein, wovon einer den Kutscher, der andere Laur's Gehülfe streifte. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. —

Einer Nachricht des „Standard“ zufolge steht Russland am Vorabende eines neuen Kulturfortschritts. Der Kaiser hat Versuchen mit einem neuen Gewehre beigewohnt, die ihn so entzückten, daß er dessen Einführung bei der russischen Armee befohlen habe. Die Gewehre sollen in Frankreich hergestellt werden. —

Das russische amtliche Finanzblatt beziffert den Ertrag der Roggenernte im Jahre 1891 auf 711 Millionen Rub. Da die Vorräthe nun größtentheils erschöpft, die Verpflegung der Bevölkerung aber und zur neuen Aufhebung 994 Millionen Rub erforderlich seien, so betrage der Rubelsfall 283 Millionen Rub, welche durch Kartoffeln und Weizen ersetzt werden müßten. Es ist danach also die wirt-

20. Kapitel.

Kapitän Lobe's Traum.

Um zehn Uhr las der Gutsherr den Hopfenlesern das Reglement vor, jedoch sollte die Arbeit nicht vor dem nächsten Morgen begonnen werden, denn die Arbeiter waren müde und außerdem war es zu spät, die Arbeit eines guten Tages zu verrichten. Die Männer wanderten umher, um den Hopfen zu beschauen; sie riefen: „Nährstoff“ enthält; die Frauen richteten sich in den Baracken ein, machten Strohbetten zurecht und brachten die Rodentensilien in Ordnung, und die Kinder untersuchten die Sträucher, um nachzusehen, ob die Brombeeren noch vor Hopfenlese die Farbe wechseln würden.

Am folgenden Tage jedoch flogen Männer, Frauen und Kinder, bevor noch die Sonne aufgegangen war, einem hastig verschlungenen Frühstück hinaus, große Körbe mit sich tragend. Diese Körbe stellten sie zwischen die Hopfenreihen, und nun begann ernsthaft die Arbeit. Männer schnitten die Stiele ab und zogen die Hopfenkörbe aus; die Frauen legten die Säuglinge schlafen, und die Kinder liefen auf dem Platz herum, wurden aber gezwungen, bis zum zweiten Frühstück wie erwachsene zu arbeiten. Dann kam ein alter Mann mit einem mit Hausbrot gefüllten Korb, er trug auch die Knaben und Mädchen streifen. Sie feierten einen Feiertag zu haben gekommen, und es fielen ihnen nicht ein, zu arbeiten. Ganzem Rudeln liefen sie davon in die Kornfelder, und die Kinder liefen auf dem Platz herum, wurden aber gezwungen, bis zum zweiten Frühstück wie erwachsene zu arbeiten. Dann kam ein alter Mann mit einem mit Hausbrot gefüllten Korb, er trug auch die Knaben und Mädchen streifen. Sie feierten einen Feiertag zu haben gekommen, und es fielen ihnen nicht ein, zu arbeiten. Ganzem Rudeln liefen sie davon in die Kornfelder, und die Kinder liefen auf dem Platz herum, wurden aber gezwungen, bis zum zweiten Frühstück wie erwachsene zu arbeiten.

Noch dem Frühstück kamen einige Einwohner der Gegend, vorjüdische Wagen voller Kinder vor sich zu fahren. Diese Leute sahen sehr auf die Hefe Londoner und setzten ihre Körbe in respektvoller Entfernung vor sich nieder. Die Landkinder traten heran, um einen Blick in die „Godney“-Säuglinge zu werfen, die neben den Köben ihrer Eltern auf alten Rädern und Läufern lagen. Die Kinder gingen sie wieder zurück zu ihren eigenen Körben, während die Köpfe zusammen und die

Noch, welche das russische Ausfuhrverbot erzeugt hat. Deutsche Bäcker glaubten dahinter einen politischen Schachzug zu wittern.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Friedenau. Eine Volksversammlung, die am Montag, den 17. August, hier tagte, nahm nach einem Vortrage des Genossen Gerisch einstimmig folgende Resolution an: „Die heute im Kurhaus zu Friedenau tagende öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei erklärt sich mit dem von dem Parteivorstand ausgearbeiteten Programm-Entwurf einverstanden; erwartet jedoch, daß noch etwaige Mängel auf dem Parteitag zu Erörterung besichtigt werden und die Vertreter der Partei daselbst dahin wirken, daß ein der Partei würdiges Programm zu Stande kommt.“

Die Chemnitzer Genossen nahmen in der Parteiverammlung am 17. August Punkt 1-4 des Entwurfs einstimmig an. Bei Punkt 5 entspann sich eine längere Debatte infolge eines Vorschlags des Genossen Buchschorst: „Zum 5. Punkt des Parteiprogramms hinzuzufügen: „Abkündigung allen und jeden Zwanges, die Kinder Andersdenkender an einer vom Staate bestimmten Religionsgesellschaft teilnehmen zu lassen.“ In der weiteren Debatte wurde darauf hingewiesen, daß dieser Zusatz gar nicht nötig sei, weil in Punkt 6 des Programms das Gewünschte schon mit ausgesprochen wird. Punkt 5 wurde darauf ebenfalls angenommen, der Zusatz Buchschorst's abgelehnt.

Protestversammlungen gegen die Kornzölle fanden weiter statt in Bitterfeld, Eiserfeld, Pflungstadt (Hessen), Heinersdorf (Thüringen), Treuen, Schneberg, Nitterhude; ferner verlangt die **Erfurter Handelskammer** baldige Ermäßigung der Getreidezölle.

In allen Orten verlaufen die Volksversammlungen durchaus zu Gunsten der Sozialdemokratie. Diejenigen Kreise der arbeitenden Bevölkerung, welche sich bisher noch von uns fern gehalten hatten, kommen bei der Diskussion der drückenden Brotfrage in nähere Berührung mit unsern Genossen und lernen bei dieser Gelegenheit erkennen, daß die sozialdemokratischen Grundsätze in Wirklichkeit ganz andere sind, als in den Amtsblättern und sonstigen Zeitungen der herrschenden Klassen, sowie von den Konzeilen herab gesagt wird.

Das agrarierfeindliche Verhalten des Herrn v. Caprivi kommt also unserer Sache sehr zu statten und wird auch für den Ausfall der nächsten Wahlen nicht ohne günstige Bedeutung für uns bleiben, denn der Nahrungsmangel weckt selbst den dickhäutigen Schläfer im fernsten Alpenlande auf und spornt ihn zu kritischer Beurteilung der politischen Verhältnisse an. Mehr aber als die Indifferenten sich zum Denken belehren zu sehen — mehr braucht die Sozialdemokratie überhaupt nicht, um zu siegen.

Virmasens, 15. August. Auch hier steigen die Brotpreise lustig in die Höhe; seit vorvergangenem Sonntag kostet Schwarzbrot 62, Weizenbrot 90 und Weißbrot 100 Pfg. der Maß zu 6 Pfund.

Im Zeitraum von ungefähr 5 Jahren ist hier der Brotpreis um 20 Pfg. in die Höhe gegangen. Wenn man bedenkt, daß in Virmasens der amtlich festgesetzte ortsübliche Wochenlohn 9,90 M. und zwar in den Zeiten flotten Geschäftsganges betrug, jetzt aber der Verdienst infolge der Krise in der Schuh-Industrie bedeutend zurückgegangen ist, so muß man sich die Frage vorlegen, wie es möglich ist, daß die Regierung immer noch an den Kornzöllen festhält.

Wir wünschen nur, Herr v. Caprivi würde einmal 3 Wochenlang (nach dem Vorgange des „Fabrikarbeiters“ Wöhre hin) einer anderen Branche in der Schuhfabrik Schube, das heißt um 1,50 M. machen, dann würden sicher nicht allein die Kornzölle, sondern alle Zölle bald aufgehoben werden. Leider kommt Herr v. Caprivi nicht in eine solche Lage, dafür ist er ja Reichskanzler, der ein sehr hohes Gehalt bezieht; bei ihm kann es von einem Notstande allerdings keine Rede sein. Es wundern wir vielleicht noch, daß Arbeiter mit 600 M. jährlichem Einkommen in einem Notstande leben sollen. Wie viel Noth und Elend wird sich noch aufhäufen, bis sich die Regierung erweichen läßt, dem armen Manne nicht mehr das Brot verweigern zu lassen? Und doch ist es schon jetzt die höchste Zeit, daß man den Volkstrome willfährt: Nieder mit den Getreidezöllen!

Einem praktischen Weg, der schon anderwärts mit Erfolg beschritten worden ist, schlägt die Stettiner Agitationskommission für Pommern vor. Dieser richtet an alle Genossen in der Provinz die Bitte, ihre Adressen, seien es nun solche von Verwandten oder Bekannten oder sonstigen Männern, von denen man voraussetzen kann, daß sie Interesse für die Sozialdemo-

kratie haben werden, zu übermitteln. Sie macht alle Stettiner Genossen darauf aufmerksam, unter den Arbeitskollegen anzufragen, ob nicht Einer vom Lande ist, um auch auf diese Weise Adressen ausfindig zu machen. Erfahrungsgemäß arbeiten während des Sommers namentlich viele Bauarbeiter in Stettin, deren Familien auf dem Lande wohnen und die im Winter dorthin zurückkehren. Solche Arbeiter können erfahrungsgemäß am besten für unsere Sache gewonnen werden. Wer keine Zeit hat, die Adressen mündlich abzugeben, soll nicht die geringe Mühe scheuen, eine Postkarte oder einen Brief zu schreiben. Die Absicht der Kommission geht dahin, über ganz Pommern ein Netz zu spinnen, dessen Fäden bis in die entferntesten Dörfer reichen sollen. Da aber die Genossen in der Handhabung der politischen Agitation zu wenig geschult sind, so will die Kommission Denjenigen, welche an der Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideen mitarbeiten wollen, Winke zur Agitation mittheilen.

Braunschweig. Wie der hiesige „Volkstrend“ mittheilt, wurde der hier seit fast 12 Jahren ansässig gewesene Franz Erb aus Meinau, Kanton Zürich, aus dem Herzogthum Braunschweig ausgewiesen. Erb ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Er hat sich, soweit bekannt, am politischen Leben gar nicht, weder in Versammlungen noch sonstwie betheilig. Der „Volkstrend“ meint dazu: „Es wäre wohl ein Akt einfacher Gerechtigkeit, die — wir wissen nicht, auf welche Veranlassung, vielleicht gar auf eine persönlicher Gehässigkeit entspringende Denunziation hin erfolgte — Ausweisung zurückzunehmen. Unfähiges Elend würde dadurch der bedauernswerthen Familie erspart und Braunschweig würde sicherlich nicht daran zu Grunde gehen.“

Das Braunschweiger „Tageblatt“ behauptet darauf, die Ausweisung sei erfolgt, weil Erb in den Gewerkschaftsversammlungen viele heftige Reden gehalten habe und für die Sozialdemokratie während der letzten Jahre agitatorisch thätig gewesen sei. Der „Volkstrend“ erklärt dem gegenüber, es dürfte dem Blatte schwer fallen, auch nur eine einzige Rede des Ausgewiesenen anzuführen zu können.

Hoffentlich kommt bald Licht in die dunkle Angelegenheit. Das Recht der Regierungen, einen Ausländer auszuweisen zu können, und wenn er hundert Jahre in Deutschland gelebt hätte, ist auch noch so ein schöner Ueberrest aus der älteren Periode der Barbarei.

Tellerfassungen dürfen bei Volksversammlungen, so hat kürzlich der Landrath zu Eschwege auf eine Beschwerde von sozialdemokratischer Seite erklärt, „bis auf Weiteres unbeanstandet vorgenommen werden“.

Doch wenigstens mal ein Landrath, welchen wir leben können.

Ueber das badische Landtags-Wahlgesetz wird dem Offenburger „Volkstrend“ aus Pforzheim geschrieben:

„Das reaktionäre badische Wahlgesetz ist eine Institution, welche wie geschaffen ist, den Arbeiter von dem Parlamente fernzuhalten, namentlich denjenigen Theil der Arbeiterschaft, welcher seiner ferneren Ausbeutung durch Zehlnahme an der Gesetzgebung ein Halt entgegenzusetzen will. Gelingt es uns, trotz dieser den Begriffen von gleichem Bürgerrecht hohnsprechenden Wahlmaschinen auch nur einen parlamentarischen Vertreter zu entsenden, so haben wir für den Anfang genug gewonnen.“

Zur richtigen Beurteilung des Ausfalls der Wahl mögen unsere Gegner diese Noth im Gedächtniß behalten. Unserer Partei stellt im Ganzen fünf Kandidaten auf.

Die sächsischen Landtagswahlen sollen, wie verlautet, in der zweiten Hälfte des Monats Oktober stattfinden. Unsere Genossen haben die Vorarbeiten überall getroffen. Das von ihnen in ganz Sachsen verbreitete Flugblatt hat seine Wirkung nicht verfehlt, und die gegnerischen Blätter, namentlich die Konservativen, waren auch so gefällig, uns das durch wuthschraubende Artikel ausdrücklich zu quittiren.

Nach allem können unsere sächsischen Genossen dem Ausfall der Wahl mit Ruhe entgegensehen. Hoffentlich wird ihre fleißige Thätigkeit durch ein glänzendes Resultat belohnt.

Karlsruhe. Bei den Wahlen der Arbeitermitglieder des Gewerbegerichts wurden sämtliche zwölf Kandidaten unserer Partei gewählt. Die Zahl der im Ganzen auf sie abgegebenen Stimmen betrug 998. Wenn unsere Genossen auch eine Liste für die Gruppe der Unternehmer aufgestellt hätten, würden sie möglicherweise auch hier gesiegt haben. Die Unternehmer gaben nämlich nur 57 Stimm ab.

Rathenow. Weil sie an einem Umzuge der sozialdemokratischen Wahlvereine sich betheiligten, sollen einige Genossen aus dem hiesigen Kreiservereine ausgeschlossen werden. — Angesichts der läppischen Verfolgung, welche die Kreiservereine gegen die Sozialdemokratie betreiben, ist es das Beste, wenn jeder Genosse diesen reaktionären Klubs den Rücken wendet.

Licht des Mondes erschienen ihm ihre Gesichter noch mehr entwürdigt als in den Straßen von Whitechapel. Die Kontraste sind es, welche die Effekte hervorbringen. Im East-End, wo Alles entsetzlich ist, schienen diese Männer und Frauen in ihre Umgebung hineinzuwachsen; hier aber kam es ihm vor, als hätte der Teufel diese menschlichen Wesen heranzugespinn, um die Schöubeit der Natur zu verderben, weil er und sein teuflisches Gefolge es nicht ertragen können, die Erde mit so viel Schönheit besiedelt zu sehen.

Sonntags war das „Nebhu“ in den Augen des Kapitäns ein fürchterlicher Aufenthalt. Es hatte ein lauges, niedriges Zimmer, dessen Boden mit Sägespänen bedeckt war. In dem Zimmer standen Tische und Bänke zur Benutzung für die Hopfen-sammler. Dort saßen sie und tranken den ganzen Nachmittag und den ganzen Abend. Die Frauen waren so schlammig wie die Männer, und eines Abends las er auf dem Wege, der vom „Nebhu“ zu den Baracken führte, gar ein total betrunkenes Kind auf. Es war keine Seltenheit, im Rausch tammelnde Kinder zu sehen.

Alle diese Zustände lasteten schwer auf seinem Herzen, denn kurz bevor er nach Kent gegangen, hatte General Booth zu ihm gesagt:

„Ihre Zeit in Whitechapel ist bald um; wir müssen Sie irgendwo anders hinsticken — wahrscheinlich nach Amerika. Jedenfalls müssen Sie bald nach einer andern Gegend, denn in Whitechapel sind Sie zu populär.“

Er besaß keine besondere Liebe für die Heilsarmee. Aber er kannte keine andere Organisation, die so hart arbeitete, keine, die den Kampf gegen die „Welt des Fleisches“ und den „Teufel“ so kräftig führte, wie sie. Hinwegzugehen, seine Höhlenbewohner der Sünde zu überlassen, die schwere Bürde ihrer Leiden mit sich in ein fremdes Land zu tragen, das waren Dinge, mit denen er sich nur schwer abzufinden vermochte. Mehr als einmal hatte er den Gedanken gefaßt, um seine Entlassung einzukommen und auf eigene Hand in Whitechapel zu arbeiten.

(Fortsetzung folgt.)

Sie sind der Ehre gar nicht werth, sozialdemokratische Mitglieder zu heißen.

Brandenburg. Immer noch die rote Fahne! Der Vertrauensmann unserer Partei, Genosse Schneider, war dieser Tage nach dem Polizeibureau zu einer Besprechung geladen, woselbst ihm die Mittheilung gemacht wurde, daß er die am 14. Juni dem Fischer Markt abgenommen rote Fahne, welche derselbe im Futteral durch den Humboldthain getragen hatte, wieder zurückerhalten sollte. Schneider lehnte die Empfangnahme jedoch mit dem Bemerken ab, daß die Fahne noch solange in Verwahrung der Polizeibehörde verbleiben solle, bis er sich mit dem die Klage beim Ober-Verwaltungsgericht führenden Rechtsanwalt darüber im Einvernehmen gesetzt habe.

Spandan. In der Töpfer-Versammlung, welche am 11. August stattfand, theilte der Vertrauensmann mit, daß außer den Inhabern der Firmen Kahlberg, Ping, Poritz und Grünwaldt die hiesigen Töpfermeister den von den Gehilfen festgestellten Lohnsatz unterschrieben haben. Ueber die vorgenannten vier Geschäfte bleibt also die Sperre bis auf weiteres verhängt. Der Töpfermeister Ping sandte, was noch bemerkt sein mag, folgende räthselhafte Antwort:

„Erüde Sie, doch mal bei mir mit heranzu kommen, da ich das Schreiben wirklich nicht lesen kann. Bitte, belästigen Sie mich nicht mit solchen Quatsch! Sowie ich daraus vernehme, daß Sie streiken wollen, bitte, streiken Sie nur schon morgen, A. Ping.“

Es wäre viel geschickter gewesen, wenn Herr Ping und seine übrigen drei Kollegen den Tarif bewilligt hätten. Sowie, wie der Gehilfentarif verlangt, wird das Töpfergewerbe wohl noch einbringen; sonst hätten ihn ja auch die übrigen Töpfermeister nicht unterschreiben können.

Rehme. Wegen Verkauf von Festzeitungen zur Raifeier, wozu bekanntlich die Lösung eines Kolportage-scheins notwendig ist, sofern der Betreffende nicht im Dienste einer Buchhandlung oder Zeitungs-Expedition steht, sollte der Genosse Gehaus 12 M. Geldstrafe bezahlen. Das Schöffengericht in Dornhausen sprach ihn jedoch frei, weil er die Festzeitung einem Abnehmer auf dessen Wunsch besorgte und keinen Gewinn daraus zog, da er dafür den vollen Preis gezahlt hatte.

Röthen. Genosse Beim muß zwei Tage Haft verbüßen wegen einer Handlung, welche gar kein Vergehen gewesen ist. Er wurde am 17. September v. J. vom Landgericht Hildesheim zu 10 M. Geldstrafe bezw. 2 Tagen Haft verurtheilt, weil er in einer Versammlung zu Goslar ein Eintrittsgeld hatte erheben lassen und sich dadurch des unbefugten Kollektirens schuldig gemacht haben sollte. Sechs Monate später entschied bekanntlich das Kammergericht, daß das Eintrittsgeld mit der Kollekte nichts zu thun habe. Das Hildesheimer Urteil ist also falsch, da es aber rechtskräftig geworden und eine Zwangsvollstreckung, welche dieser Tage bei dem genannten Genossen behufs Erlangung der 10 M. Geldstrafe vorgenommen wurde, erfolglos geblieben ist, so muß derselbe brummen für etwas, das durch den höchsten preussischen Gerichtshof für gesetzlich erklärt worden ist.

Gelsenkirchen, 18. August. Alois Ruth, der Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“, des Organs des alten Verbandes, ist wegen Huchverdrachts verhaftet worden. Es sind vier Anklagen wegen Preßvergehens gegen ihn anhängig.

Mühlhausen. Genosse Kustergerling wurde am 11. August vom hiesigen Schöffengericht wegen Vergehens gegen die §§ 185, 186, 74, 200 des R.-Str.-G.-B. zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt, weil er im hiesigen „Anzeiger“ und dem Fachorgan der Bildhauer die Galanteriewaaren-Firma Klaber und Haberholz beleidigt haben sollte, trotzdem das Gericht anerkannte, daß der Angeklagte in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Wegen des Urtheils wird Berufung eingelegt.

Gera. Am Sonntag früh endete die viermonatliche Strafzeit des Genossen Hugo Ködiger, welche derselbe in Juchershausen verbüßt und die er sich durch seine Thätigkeit als Redakteur der „Reussischen Tribune“ zugezogen hat.

Eisfeld. Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht in Düsseldorf hat gegen die freisprechenden Erkenntnisse der II. Strafkammer in Düsseldorf vom 28. und 29. April d. J. in Sachen der Verlesung des § 181 des Strafgesetzbuchs gegen den Redakteur Grimpe beim Reichsgericht Revision angemeldet. Es betraf dies die beiden Artikel: „Der verlorrene Amtstrichter“ und „Das Schwert der Gerechtigkeit“. Das Reichsgericht hat beide Revisionen als begründet anerkannt und die Sachen zur nochmaligen Prüfung und Aburtheilung an die Strafkammer zu Eisfeld verwiesen. So wird sich unser Genosse Grimpe wegen dieser beiden Artikel also nochmals zu verantworten haben.

Erfurt. Am Montag trat Genosse Schulze eine achtwöchentliche Gefängnisstrafe an.

Hamburg. Am 15. August wurde nach langer Zeit wieder einmal in der Redaktion und Expedition des „Echo“, sowie in der Privatwohnung des verantwortlichen Redakteurs Otto Stolten gehausucht. Gegen 7 Uhr Abends erschienen zwei Polizeibeamte, um die Nr. 184 des „Hamb. Echo“ vom Sonnabend, den 8. August, zu beschlagnahmen und gleichzeitig nach dem Manuskript der in dieser Nummer enthaltenen Korrespondenz aus Harburg: „Eine merkwürdige Auffassung“ zu suchen, natürlich ohne Erfolg. Ebenso erfolglos war die Hausdurchsuchung in der Privatwohnung des genannten Redakteurs. In jener Nacht war das Kafat besprochen, welches in der Harburger sozialistischen Eisenbahn-Werkstatt angeschlagen worden war und wonach die Arbeiter ihren Austritt aus dem sozialdemokratischen Verein erklären sollten.

München. Die Nummer der „Münchener Post“ vom 12. August wurde konfisziert wegen des Feuilletonromans „Maria und Joseph“. Die inkriminirten Stellen sollen gegen die Sittlichkeit verstoßen.

Oesterreichisches. Die Gewerkschaft der Bäckerarbeiter Nieder-Oesterreichs überreichte dem niederösterreichischen Statthalter am 1. August d. J. ihre abgeänderten Statuten. Die Abänderung wurde nicht genehmigt — das wäre nichts Neues. Was aber selbst vielgeprüfte Sozialdemokraten übersehen muß, ist der Umstand, daß die Statthalterei Paragraphen beanstandete, die gar nicht geändert, sondern im vollen Wortlaut dem alten seinerzeit genehmigten Statut entnommen worden waren. Die Statthalterei sich selbst korrigirend — das ist das Neueste, ein Schauspiel für Götter und für — Sozialdemokraten!

Todtenliste der Partei. Am Mittwoch wurde in Chemnitz der Dachdecker Aug. Sauer beerdigt, seit Jahren ein tüchtiger Parteigenosse. — Am 10. August in Schönan bei Heidelberg der Schuhmacher Gottfried Lauer, 68 Jahre alt, welcher schon 1848 am badischen Aufstande sich betheiligte hatte, und deshalb zum Tode verurtheilt worden war. Es gelang ihm, nach Amerika zu fliehen. Zurückgekehrt, schloß er sich der Sozialdemokratie an. Er war einer der müthigsten und thätigsten Parteigenossen. — In Brandenburg starb am 17. August Morgens 4 Uhr der Genosse und Vereinswirth Ferd. Mengert.

wischen die Lippen. Ein Cockneykind sah wirklich ebenso wie ein Landkind aus. Der Hopfen hatte einen gefegneten einschläfernden Einfluß, ohne welchen die Mütter schwer geplagt worden wären. Kaum röhren die Säuglinge den Hopfen, so entschieden sie sich für's Schlafen und fielen in einen Schlummer, aus welchem sie sich nur frei machten, um zu essen und zu trinken. Nicht wenige erlagen dem Sonnenstich, denn unter dem Einfluß des Hopfens wurden sie so ruhig, daß ihre Mütter oftmals weggingen, die Köpfe der Kinder zu bedecken.

Kapitän Lobe war ganz in seinem Element. Er durfte von der Seite eines Korbes sitzen und mit den Weinen schaukeln — seine Lieblingsstellung — während er den Hopfenlesern zu helfen meinte. Die Hopfenstangen lagen über dem Korbe, bedeckt mit diesen grünen Blättern und was das Volk „die kleinen Weichen“ nennt. Des Kapitän's Hände waren von dem Nährstoff schnell gebräunt worden. Es war ein gutes Jahr gewesen. Die Hopfen waren groß und füllten schnell die Körbe, so daß die Leute nicht brummen, wenn der Verwalter und seine Kammerer herzukamen, um ihre Arbeit abzumessen und ins Buch einzutragen. Ueber ihm strahlte ein blauer Himmel und ringsherum Sonnenschein. Die Hopfenleser waren in bester Stimmung. Sie lachten, sangen und plauderten den ganzen Tag, sie vergaßen sogar, die Kinder anzuschimpfen. Aber ihre Unterhaltung drehte sich um den letzten Nord im East-End, und ihre Lieder hatten die schamhaftesten Refrains; die Natur hatte nicht, wie Kapitän Lobe geist, die Wirkung, ihre Gedanken zu veredeln, und kein Einfluß war hier nicht größer als in der Kaserne von Whitechapel. Manchmal ertönte am Abend ein Heilsgesang: „Choral die langen Reihen der Hopfenleser entlang, und erstarrt in den gurllandgleich sich windenden Blättern und Blüten der Hopfenfelder. Wenn aber der Choral zu Ende und die gefüllten Körbe aus dem Hof des Outsherrn gebracht worden war, begaben sich die Hopfenleser nach dem „Nebhu“ — dem Lagerwirthshaus, wo sie bis Mitternacht tranken. Er besorgte ihnen oftmals, wie sie im Mondenschein durch die Hopfengärten den Baracken zutummelten, und in dem ruhigen

Theater.

Mittwoch, den 19. August.
 Opernhaus. Der Freischütz.
 Lessing-Theater. Oberon.
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Der alte Deskau.
 Bellealliance-Theater. Jung-
 Deutschland zur See.
 Ostend-Theater. Hamlet, Prinz
 von Dänemark.
 Adolph Ernst-Theater. Unsere
 Don Juans.
 Thomas-Theater. Im siebenten
 Himmel.

Stablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Hübmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Kuchentisch von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.



Passage-Panopticum
 und
Spezialitäten-Theater.
 Entree 50 Pfg.
 Geöffnet
 von 10-10 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165,
 Ecke Behrenstrasse.
 Neu:
Hamilton-Theater
 Originell! Ueberraschend!
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Moabiters Gesellschaftshaus

Alt-Moabit 80-81.
 Artistische Leitung Wilhelm Fröbel.
 Täglich Gr. Konzert.
Spezialitäten-Vorstellung.
 Großer Erfolg
 des neu engagierten sensationellen
Künstler-Personals.
 Neu: **Dressirte Zwerg-Ponny.**
 Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochen-
 tags 5 Uhr. Entree 50 Pf. Reservierter
 Platz 50 Pf. — Kaffeetische ist geöffnet.
 Volksbelustigungen aller Art.
 Sonntag, Montag, Mittwoch **Ball.**
 Donnerstag, den 27. August:
Benefiz für Kapellmeister Gutschow.
 Helmuth Peters.

Zimmer für Vereine und Zahlstellen

sind abzugeben, bei **F. Schmunk,**
 Kottbusser Damm 83. 891b

Gepflegte Freunde und Genossen mein

Restaurant. Auch sind Vereins-
 zimmer mit Nebengelass zu vergeben.
 1053b **E. Royl,** Gitschinerstr. 93.

Vereinszimmer mit Piano noch

mehrere Tage in der Woche frei.
 Reichenbergerstr. 123. 1045b

Ein Vereinszimmer zu vergeben

bei **J. Hanger,** Forsterstr. 9. 1050b

Möbel, Spiegel und

Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstrasse 28, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Cohn's Hojen- u. Anzugfabrik

Pallasadenstr. 7, unweit d. Büschingpl.,
 größtes Lager u. billigste Bezugsquelle
 Berlins, arbeitet aus Resten und ver-
 kauft im Einzelnen: Knabenanzüge von
 1 M. an, Jaden 1,50, Herrenanzüge 1,50,
 Knabenanzüge 2 M., Burdenanzüge
 3,50, Herrenanzüge 12 M. Nach Maß
 ohne Preiserschöpfung. Hüten gratis.
 7 Pallasadenstrasse 7. (810L)

Kinderwagen, gebr. Kottbusserstr. 13. (579b)

Arbeitsmarkt.

Echtliche Stadtbürger verlangen
 1040b **Brioso & Co.,** Sandwehstr. 11.

Verstärker verlangt **Küdersdorferstr. 9.**

Ein Sohn anständiger Eltern wird als
 Laufbursche für die Nachmittagsstunden
 verl. bei **Karl Scholz,** Brangelstr. 32.

2 tüchtige Gesellen a. g. Ladeneinrich-
 tungen, aber nur solche, verl. **Friessner,**
 Wasserthorstr. 19. 1042b

Ofenseker

werden verlangt im **Arbeitsnachweis**
Dresdenerstr. 116. 317/18

Tüchtige Einfahrer

werden verlangt in der **Fischschuß-Fabrik**
Kastanien-Allee 26. 1045b

Neue Welt, Bergschloss-Brauerei Hasenhalde.

Heute, Mittwoch,
 von 4 Uhr ab: **Konzert.**
 mit großer
Gratiosverloosung.
Satty mit seinen dressirten Bären. **Spezialitäten-**
Vorstellung. Ball. Puppentheater. Bonbonregen. Grute- und
 Fadelzüge. Wettrennen. Stangenklettern.
 die beim Eintritt eine Mäse, ein Geschenk
 u. Frei-loos zur Gratis-Tombola erhalten.
Entree 15 Pf., Kinder 10 Pf., u. Frei-loos zur Gratis-Tombola erhalten.
Donnerstag: Parade- u. Elite-Feuerwerk in vier Abtheilungen.
 1049b] **Der Grand Roms unter Hero,** mit großem Personal.

Th. Keller's Hofjäger Hasenhalde

Bergmannstr.-Ecke.
 Heute, Mittwoch, den 19. August 1891: **Lehtes**
 nach ländlicher Sitte mit großem
Gr. Grute-Fest, Festzug der Schmitzer u. Schmitzerinnen
 mit Gratis-Verloosung u. c.
 Marionetten-Theater. — Volksbelustigungen.
 Abends: Päckelzug und bengalische Beleuchtung.
Grosses Extra-Konzert und Ball.
 Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. (vorher 10 Pf.), Kinderbillets nur a. d. Kasse.
 1147L **A. Froelich.**

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Douthstraße 2.

Sobald erschien:

Heft 3

der

Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
 (Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
 Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungs- und
 Kolportage-entgegen.

Verlag des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt.

Berlin SW., Douthstraße 2.

Taschen-Ausgaben deutscher Reichs-Gesetze

elegant kartonnirt,
 (Text-Ausgaben mit Anmerkungen und Sachregister),
 zum Theil in unserem Verlage erschienen, halten wir dauernd auf
 Lager und empfehlen dieselben zur Anschaffung:

	Mark		Mark
Verfassung des deutschen Reichs nebst Wahlgesetz f. den Reichstag und Wahlreglement. Mit historischer Einleitung	0,80	Strafgesetzbuch f. d. deutsche Reich	1,00
Allgemeines deutsches Handels-Gesetzbuch unter Auschluss des Seerechts	2,00	Gewerbe-Ordnung für das deutsche Reich	1,00
Gesetz über den Unter- stützungswohnst., Bundes- und Staatsangehörigkeit	2,00	Civilprozess-Ordnung mit Gerichtsverfassungs-Gesetz, Einführungs-Gesetz, Neben-Gesetzen und Ergänzungen	2,50
Gesetz, betreffend die Er- werbe-Gerichte	0,50	Gerichtskosten-Gesetz u. Ge- bühren-Ordnungen für Ge- richtsvollzieher, f. Zeugen und Sachverständige	0,50
Die See-Gesetzgebung des deutschen Reichs	3,00	Patent-Gesetz, Gesetz über Muster- u. Modellschutz, Ge- setz über Markenschutz	1,00
Anfallversicherung-Gesetz und Gesetz über die Aus- dehnung der Unfall- und Krankenversicherung	2,00	Gesetz, betreffend d. Unfall- versicherung der bei Bauten beschäftigten Personen	1,25
Gesetz, betreffend die Er- werbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	1,25	Gebührenordnung f. Rechts- anwälte	0,90
Strafprozess-Ordnung nebst Gerichtsverfassungs-Gesetz für das deutsche Reich	1,60	Gesetze, betreff. d. Kranken- versicherung der Arbeiter	1,25

Möbelspeicher

Oranienburgerstr. 88, Hof geradezu,
 dicht beim Haack'schen Markt sind:
 Kleiderspinden, Wäschespinden, Seitstücken, Sophas, Spiegel, Eische,
 Stühle, Büchereinrichtungen etc. reich vorräthig. Stein-Abzahlungsgeschäft.
 Eigene Tischlerei u. Tapezirtor-Werkstatt, daher billigste Einkaufsquelle. [1053L]

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.

Spezialität: Porträts berühmter sozialistischer Führer (Lassalle, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Zylinderknäulen, Manschettenknöpfen, Eisdosen und Brochen. **En gros. En détail.**
B. Günzel, Brunnenstr. 157, am Rosenthaler Thor.

Stutz' Photographie-Atelier

Auch Sonntags. **Landsbergerstr. 82,** nahe Alexander-Platz. Auch Sonntags.

Elegante Einsegnungs-Anzüge

in Jaquet-Façon, blau u. schwarz, in nur guten Stoffen von 15 M. an.
Julius Lindenbaum,
 Berlin O., Frankfurterstr. 139.

Genosse sucht 1000 Mark zur Aus-
 dehnung seines Geschäfts gegen Sicher-
 heit und monatl. Abzahlung von 100 M.
 Anerbietungen werden in der Expedition
 d. Bl. unter **M. M.** entgegengenommen.

Wer unterstützt eine arme Wittve
 mit 6 Kindern durch etwas alte Sachen.
 Zu erst bei Herrn Stels, Prinz Eugen-
 strasse 21, Hof 2 Zt.

Rohtabak A. Goldschmidt,

Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantirt
 sicher brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämmtliche im Handel
 befindl. Rohtabake sind an Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Haack'schen Markt. [744]

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake, Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.
 1092L **H. F. Dinslage,**
 Kottbusserstr. 4, Hof part.

Freie Aussicht Wohnz. v. 2-3 Stub.
 mit u. ohne Bad, Balkon
 Erster sof. z. verm. **Friedenstr. 55,** Schaub.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirths Berlins u. Umgegend.

Freitag, den 21. August, Nachmittags 5 Uhr, **Dresdenerstrasse 116**
 bei dem Kollegen Grindel:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Meiner** und Diskussion. 2. Abrechnung des
 II. Quartals. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereins-Angelegenheiten.
 5. Verschiedenes und Fragelosen.
 Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Große öffentliche Versammlung

der im Bergolder-Gewerk beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 am **Donnerstag, den 20. August 1891,**
 in **Scheffer's Salon, Insolstrasse No. 10.**

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Häuser-Kommission, betreffs der Abzüge in der Folge
 von August Werkmeister. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden
 Kollegen und jeder Kollegin, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 328/16 Die Agitations-Kommission.

Sozialdemokratischer Leseklub „Heine“

zu **Rixdorf.**
Donnerstag, den 20. August, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn
Miesegk, Bergstrasse 129:

Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer.

Tages-Ordnung:
 1. **Wissenschaftlicher Vortrag** mit Demonstrationen des Herrn
Dr. phil. Karl Mischke. 2. Diskussion.
 Alle Frauen und Männer haben zu dieser Versammlung als Gäste Zutritt.
 Auf diesen wissenschaftlichen Vortrag wollen wir besonders
 hinweisen und laden zu recht zahlreichem Besuch ein.
 Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Verein Adlershof.

Donnerstag, den 20. August 1891, bei Wiedemann & Menowald
Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **R. Baginski** über die Entwicklung-Gesetze
 Weltall. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.
 Gäste sind willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung

zu Gunsten der
Arbeiter-Bildungsschule
 am **Mittwoch, den 19. August, Abends 8 Uhr,**
 im **Konzerthaus „Sanssouci“, Kottbusser-Strasse 4.**

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **E. Voghterr:** „Der internationale Gedanke.“
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 Der Einberufer:
H. Gumpel, Barnimstr. 42.
 400/14

Zentral-Verband deutscher Maurer.

Filliale Berlin II.
 Sonnabend, den 22. August 1891:

Gr. Sommernachts-Ball

im Lokale **Königshof, Bülowsstrasse 52.**
 Die Musik wird von Berufsmusikern ausgeführt.
 Entree: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Billets sind bei folgenden
 Herren zu haben: **Klingenberg,** Heimstr. 15; **Grunow,** Nostitzstr. 38; **Prill,**
 Zietenstr. 4; **Müller,** Arndtstr. 13; **Baganz,** Bülowstr. 51; **Panser,** Zietenstr. 10;
Rehse, Forsterstr. 10; **Wilmitz,** Steinmehstr. 71; **Hellerhoff,** Arndtstr. 10;
Franks, Zietenstr. 4. **Gäste haben Zutritt.**
 581/5 Die Lokalverwaltung: **E. Gröppler.**

Filial-Versammlung

der
Steindruckerei
 am **Donnerstag, den 20. August,**
 Abends 8 1/2 Uhr,
 bei **Fouerstein, Alte Jakobstr. 75.**

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen **Schöpke** über
 Karl Marx: Der Produktionsprozess des
 Kapitals. 2. Diskussion. 3. Geschäfts-
 liches: a) Bericht des Kassirers. b) Auf-
 nahme neuer Mitglieder. 4. Verschie-
 denes und Fragelosen.
 Um zahlreichen Besuch bittet
 Der Bevollmächtigte.
 207/10

Jede Uhr

zu repariren **1,50 M.**
 (außer Uhrsch.)
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren.
C. Wunsch, Haungr. n. d. Oranienstr.

Grösste Auswahl, billigste Preise

sämmtl. im Handel befindlichen
Heinr. Frank,
 Brunnenstr. 141-142

Suche möbl. Schlafstelle

i. d. Nähe des Haack'schen Thors,
 mit Preisangabe unter 100 S.
 Exped. dieses Blattes.

Eine freundl. Schlafstelle

zu
 Kesselftr. 20, Hof 3 Zt.

Frdl. Schlafstelle f. 1 od. 2 Pers.

sofort z. verm. Am **Friedrichshagen**
 v. Seitenstr. part. r.

Möbl. Schlafst. f. 2 Herren od. 3 Pers.

(Pr. 7 M.) bei **Marckschlag, Alte**
 strasse 87, Hof r. 4 Zt.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt

Kottbusserstr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Größtes Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23, 24.

Größtes Lager Berlins

Stempel H. Guttman,
 Brunnen-Strasse 9.

Singermaschinen, neu 50 Mark, bei
 Genosse **Grioso,** Zossenerstr. 38. [1032b]

Ein kleines Porzellangeschäft ist billig
 zu verkaufen **Blumenstr. 34.** 1044b

Eine Pantifler-Werkstatt
 mit neun fast neuen Hobelbänken und
 Werkzeug ist unter günstig. Bedingungen
 zu verkaufen. Näheres **3 a h n r a p e**
 Nr. 7 beim Verwalter.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 192.

Mittwoch, den 19. August 1891.

8. Jahrg.

Internationaler Arbeiterkongress zu Brüssel.

Brüssel, 17. August 1891.

Das von den Brüsseler Genossen zu Ehren der auswärtigen Delegierten arrangierte Sommerfest im Theatre Lyrique gestaltete sich zu einem Volksfest im besten Sinne des Wortes. Das „Theater“ — eine Art Volkshalle — war früher ein Kaffeehaus und hat auch im Neuparis den Kaffeehauscharakter bewahrt; der große Kaffeehausgarten war mit Fahnen und farbigen Lampen, unter denen die roten vorstachen, festlich geschmückt, so daß der Garten wie mit leuchtenden und glühenden Quirlen durchsetzt war. Und welche naive Fröhlichkeit und welche übermüthiger Humor entwickelte sich dort! Eine Musikkapelle langweilte sich — aber auch beim primitivsten Instrumentenspiel, hier eine quiekende Pfeife, dort eine rasselnde Klarinette oder bellende Trommel, verwandelte sich der ganze Garten in einen einzigen wogenden Tanzsaal; wenn's nur rhythmisch klang, schlangen sich die Paare. Und das bis zur ersten Morgenstunde! Wie viele am Feste theilnahmen, das läßt sich schwer schätzen, es war ein ständiges Kommen und Gehen — 7000 bis 8000 Personen füllten die Räumlichkeiten fortwährend.

An den Seiten entlang hatten die belgischen Genossen zum Vortheil der Parteikasse Schaubuden und Volksbelustigungen aller Art arrangirt, die gegen ein Spezial-Entree von je 10 Centimes zu besichtigen waren. Die Turner veranstalteten turnerische Produktionen, athletische und Waffenspiele, inmitten des Gartens. Die „Volksbelustigungen“ hatten durchgehends politische Motive. Nach dem Beifall zu schließen, fielen die lokalen Anspielungen auf fruchtbaren Boden. Uns Deutschen fiel beispielsweise die „Freiheit“ auf — wenn man den Mangel an Volksrecht vornehmlich schon Freiheit nennen will — mit welcher die belgischen Genossen Monarchie und Landesvater verhöhnten. Ganze Menschenalter von Freiheitskriegen würden deutsche Richter für solche Freiheit verhängen. Im Saale z. B. stand in Lebensgröße das Gippsmodell des Königs Leopold II. Aber wie sah es aus? Die Genossen hatten ihm ein rothes Tuch über den Kopf geschnitten, sodaß nur der Rumpf sichtbar war — und so zwang die Statue des Königs unmittelbar zum Vergleiche mit dem Kumpel eines Delinquenten, der eben von der Guillotine weg an die Wand gestellt wurde. Aber diese Hohnspiegelung war nicht die einzige! In einem „Panorama“ wurde als Extraspzialität „Die letzte Krankheit König Leopolds“ — Pappdeckelkönig ist sein Spitzname — angehängt. Und was sahen wir nach Erleuchtung eines Extratitels zu Gunsten der Parteikasse? Einen derben hand- leuten Strauß. Daneben kündigten sich Feuer- und Wasserwerke, Feuerbänder u. s. w. mit marktschreierischem Lärm an. In einer anderen Bude wurde der Schreden der Hölle und des Höllenfeuers dargestellt. Dienstfertige Satane beschränkten Pfaffen und Kustbeuter je nach der Größe ihrer Verdrehen und trotz Wohlgeschmeide und Widerstands in den feuerspeienden Schlund.

Über vor zwei Jahren im Pariser Stadthaus die Carmagnole klangen sah, kann sich ungefähr einen Begriff machen von der Begeisterung und Unermüdbarkeit, mit welcher hier im Garten und auf dem „Theatre Lyrique“ Carmagnole und Marschläufe ge- gangen und getanzt wurde! Und wer hier Mann und Frau, Junge und Mädchen, selbst Grau- und Weißköpfe mit silber- grauen Greisinnen diese revolutionären Hymnen nicht singen, nein zerküßern sah — der konnte sich ein Bild der faszinierenden Begeisterung machen, die sie in politisch erregten Zeiten auf die Massen ausübten.

Und so bot das Sommerfest auch des Interessanten genug für uns Fremde — Studien über Volkscharakter und Vergleiche mit heimathlichen Zuständen zwangen sich auf — letztere freilich nicht allzu günstig für deutsche Freiheit und Ordnung.

Im Anschluß hieran veröffentlichten wir die bis jetzt vor- liegenden Depeschen des Bureau Herold:

Brüssel, 18. August. Internationaler Sozialisten-Kongress. Die Sitzung begann um 10 Uhr 40 Min. Nach eingezogenen Reden bei mehreren Mitgliedern des Kongresses wurden die Delegirten auf ihm ungefähr 3/4 Millionen Parteigenossen vertheilt. (Heute tagte die amerikanische und die bänische Sektion.) Der amerikanische Präsident Chapfel sagte: Amerika bezieht 70 Milliarden Dollars Kapital, welches sich jedes Jahr um 3 Milliarden vermehrt, hat also täglich 9 Millionen Erwerbslose. Dieses Geld bleibt in den Händen der nur konsumierenden Reichen und gelangt nicht in die der produzierenden Arbeiter. Redner hofft, daß in Zukunft Amerika durch eine große Anzahl von Delegirten vertreten sein werde. Die fran- zösischen Delegirten, welche bei dem Ausbruch in Roumies dort waren, bitten, eine Delegation dahin abzuschicken. Ferroul und Desrieux werden abgeschickt. Es werden 21 neue französische Mandate angemeldet. Die Gesamtzahl derselben beträgt jetzt 710.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung tritt ein Zwischenfall ein, der zwar anlässlich der Erziehung des Mandates eines spanischen Anarchisten, welcher 50 Korporationen reprä- sentirt. Bolder behauptet, daß diese spanischen Kor- porationen den Staat bekämpfen, während die ganze sozialistische Bewegung sich nicht gegen den Staat richtet. Ein spanischer Delegirter ist gegen die Anerkennung der Mandate des Anarchisten und bekämpft dieselbe lebhaft. Der Aus- schuß des spanischen Anarchisten Samos wurde schließlich mit großer Majorität angenommen. Frau Marg. Kueling schlägt unter lebhaftem Beifall vor, die erste Frage der Tagesordnung zu diskutieren. Wandervogel aus Brüssel zählt nun des längeren die verschiedenen gesetzgeberischen Modifikationen auf, welche in Bezug auf die Arbeit in der ganzen Welt bestehen. Deutsch- land, führte er aus, habe seit 1889 nichts geändert, außer den Bestimmungen über die Frauen- und Kinderarbeit, doch seien diese Gesetze ungenügend und würden auch nicht angewandt. Die in Berlin vertretenen Regierungen ver- stehen nichts. Die wenigen auf der Arbeiterschutz- Konferenz in Berlin zu Stande gekommenen Abänderungen seien den Regierungen durch die Sozialdemokraten abgerungen worden. Er verliest darauf folgende Resolutionen, welche von den Sektionen angenommen worden sind: „Der Kongress erklärt, daß die Gesetze und Dekrete, welche in verschiedenen Ländern seit 1889 erlassen wurden, keineswegs den Ansprüchen der Arbeiterklassen ent- sprechen. Die Beschlüsse der Berliner Arbeiterschutz-Konferenz, welche letztere unter dem Einflusse der sozialistischen Kon- gresse zusammenberufen wurde, sind als wichtige Konzeptionen zu betrachten, aber die Verordnungen haben bewiesen, daß die gegenwärtigen Regierungen die Reformen nicht zur Ausführung bringen und für die Pflichten gegen die arbeitende Klasse kein Verständnis haben. Andererseits hat die Berliner Arbeiterschutz-Konferenz gewissen Industrie- klassen den Vorwand gegeben, die Entwicklung der Arbeit- schutz-Gesetzgebung zu hemmen. Der Kongress erklärt, daß die gegenwärtige Arbeiterschutz-Gesetzgebung eine mangelhafte ist und daß sie in ungenügender Weise zur Anwendung und Ausführung gebracht wird. Deshalb beschließt der internationale Kongress die Arbeiterklasse der ganzen Welt, mit der äußersten Energie den Kampf fortzuführen und mit allen Mitteln eine Ar-

beitergesetzgebung zu erstreben, wie sie in den Beschlüssen des Pariser Kongresses gefordert ist, selbst wenn diese Agitation vorläufig kein anderes Resultat aufweisen sollte, als zu beweisen, daß die leitenden Klassen sich gegenüber jeder Gesetzgebung für den Schutz der Arbeit feindselig verhalten. Der Kongress fordert die Arbeiter auf, 1. in jedem Lande permanente Kommissionen zu organisiren betreffs der Arbeitsbedingungen in ihren Beziehungen zur Arbeiterschutz-Gesetzgebung; 2. die nöthigen Nachweise für die Entwicklung und Vereinheitlichung der industriellen Gesetzgebung anzufordern. Endlich verpflichtet der Kongress die Arbeiter der ganzen Welt, ihre Kraft gegenüber dem Widerstand der Kapitalisten und der Bourgeoisie zu vereinigen. Die Arbeiter können bei den Wahlen ihre Stimmen nur denjenigen geben, welche sich verpflichten, die Rechtsansprüche der Arbeiter zu unterstützen.“ Der Vortrag Wandervogel's hatte großen Erfolg. Die Sitzung wurde um 1 Uhr aufgehoben.

Die Sektionen haben den Beschluß gefaßt, die Judenfrage von der Tagesordnung abzuheben. Ein deutscher Delegirter wird, wie es heißt, eine Deklaration dahin beantragen, daß die sozialistische Partei den Antisemitismus mißbilligt und die Anwesenheit Singer's im Bureau beweise, daß in ihr keinerlei Feindseligkeit gegen die Juden bestehe. Die eifrig lothringische Frage wird, wie es heißt, in Uebereinstimmung mit den fran- zösischen Delegirten von der Verhandlung gänzlich ausgeschlossen. — Der italienische Anarchist Merlino alias Levy ist verhaftet worden.

Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet:

Brüssel, 18. August. Der verhaftete italienische anarchistische Delegirte Merlino war bereits im Januar d. J. aus Belgien ausgewiesen worden. Dem Vernehmen nach steht die Ausweisung mehrerer anderer Delegirten bevor.

Lokales.

Kirche und Sozialdemokratie ist heute ein Thema ge- worden, welches nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet. Wie die Sozialdemokratie über die Kirche denkt, ist hinreichend bekannt; es dürfte daher interessiren, kirchliche Stimmen zu hören, welche der Meinung über die Sozialdemokratie Ausdruck geben. Zunächst ist es der „Evangelisch-kirchliche Anzeiger“, welcher als Organ des Evangelischen Vereins mit seiner, d. h. mit der Meinung der evangelisch-kirchlichen, über die Sozial- demokratie nicht hinterm Berge hält. Derselbe schreibt:

„Während der Sommermonate pflegt das Vereinsleben zu ruhen. Nur die Sozialdemokraten veranstalten unangesehnt Volks- versammlungen und Vortragsabende. In der sogenannten „Ethischen Gesellschaft“ hielt am 2. August Peus einen Vortrag über „Knebelung der Wahrheit“. Unmittelbar darauf hatte er eine Gefängnisstrafe anzutreten, die ihm wegen „Verächtlich- machung des römisch-katholischen Dogmas von der unbedeckten Empfindung Marias“ zuerkannt worden war. Am 9. August hielt Lehrer Henning bei Gratweil einen Vortrag über die „Sündfluth“, tags vorher Mehnert in den Armirhallen vor Bildhauern einen über „Christentum und Sozialismus“. Tag für Tag und Woche für Woche wird in sozialdemokratischen Versammlungen das Gift des Unglaubens und der Revolution ausgebreitet.“

Das ist deutlich. Weniger hart wird von katholischer Seite geurtheilt. Hier hat man die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die verirrten Schafe, die katholischen Arbeiter, wieder in den allein selig machenden Schooß der katholischen Kirche zurückzuführen. Wenigstens wird der „Kölnischen Volks-Zeitung“ von hier von Jemandem, der es wissen muß, geschrieben:

„Mit den bis jetzt einlaufenden Spenden auf Grund der Aufrufe der einzelnen theilnehmenden Berliner Pfarren ist wenig an- zuzufangen. Etwas Außerordentliches muß geschehen. Wir schicken viele Tausende nach Afrika und den Missionsländern und ver- lieren mehr und mehr an Terrain im eigenen Lande. Gerade in den Arbeitervierteln Berlins giebt es keine katholischen Kirchen; und daß die Arbeiter nicht gern zur Kirche gehen, kann man nicht behaupten. Aber vielfach hört man: „So, ich habe drei Viertelstunden bis zur Kirche und noch weiter; komme ich dann hin, so muß ich draußen stehen; daher bleib' ich lieber zu Hause.“ Bald wird solch ein Mann gleich- gültig; er geht in die Kneipe, wo das Agitationsfeld der Sozial- demokraten ist. Man findet in den Kneipen der Arbeiterviertel nur sozialistische Zeitungen und die Gespräche bewegen sich dort in gleicher Richtung. In jeder Lagezeit sind dort jugendliche „Genossen“, bereit zur Agitation an dem Einzelnen, der oft wehrlos den nimmer müden Schwärmern gegenübersteht, bedauert durch die kräftige Sprache der Agitatoren. Hier ist die Wurzel der Kraft der Sozialdemokratie. Daß die katholischen Arbeiter unter den angegebenen Verhältnissen sehr leicht der Sozialdemo- kratie zum Opfer fallen, ist nur zu erklärlich. Bauen wir darum Kirchen, besonders in den Arbeitervierteln. Von den Behörden haben wir Katholiken wenig zu erwarten.“

Da die Sozialdemokratie von Niemandem etwas zu erwarten hat, weder von der evangelischen oder katholischen Kirche, noch vom Massenstaate, so wird sie nach wie vor ihre eigenen Wege gehen, die sie für die richtigen erlangt hat.

Bemerkendwerth ist folgende Mittheilung der „Voss. Zeitung“, welche ihr aus Wittitodt zugegangen ist. „Der hiesige Magistrat hat der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage dahin gemacht, schleunigst ausreichende Mittel zum Ankauf von Roggen und Roggenmehl zu bewilligen, um dem noch vor Ablauf dieses Jahres noch herber bestimmt zu erwartenden Nothstande entgegenzutreten zu können.“

Es gehört freilich kein besonderer Scharfblick dazu, schon jetzt einen Nothstand, der in den Arbeitervierteln herrscht und der sich naturgemäß in den Wintermonaten vergrößern muß, zu er- kennen, aber den Manneswirth muß man anerkennen, der er- sorderlich ist, um solche Ueberzeugung öffentlich auszusprechen, denn wenn man oben keinen Nothstand sehen will, so darf sich doch kein Magistrat, und noch dazu einer in einer Kleinstadt, er- dreisten, eine andere Meinung haben zu wollen. Und nun gar in den Gang der historischen Entwicklung einzugreifen, bekundet eine Kühnheit und ein gut konstruirtes Rückgrat, daß bei den Männern, die mit der goldenen Amtskette belastet sind, sich sehr selten vorfindet.

Die Siebenstücker-Regenperiode war mit Sonnabend zu Ende; hier und da wurden wohl schon leise Hoffnungen auf besseres Wetter gehegt, zumal ja auch der Sonnabend ganz leid- lich anfang. Alles umsonst! Sonntag Nachmittag kamen einige verschämte Regenschauer und Montag morgen war wieder alles beim Alten. Wohl dem, der dann im Trodnen sitzen kann! Diesen Wunsch scheint nun aber die Große Berliner Pferde- schenke-Gesellschaft nicht zu theilen; mit wahrhaft rührender Regelmäßigkeit folgt ein offener Wagen dem andern und in einem solchen am Montag Vormittag zu sitzen, gehörte wähehlich nicht zu den Annehmlichkeiten dieses Lebens. Am meisten natürlich haben bei solchem Hundewetter die armen Schaffner zu leiden, die mit

Lebensgefahr auf dem schlüpferigen Trittbrett hin und her balan- ziren müssen, halb verklammert vor Kälte und Nässe. Bei Wind und Regenwetter sind die sonst ja sehr angenehmen offenen Pferdebahnen jedenfalls nicht in Betrieb zu setzen, zumal nicht an solchen Tagen, wo jeder Laiz den Regen schon wittern kann. Halten die Leinwand-Schuhreifen Bind und Regen auch ab, so haben sie wieder das Unpraktische im Gefolge, daß auf der betr. Seite Niemand einzusteigen vermag. Will die Pferdebahn- Gesellschaft auf das Publikum nun einmal bei solcher Bitterung keine Rücksicht nehmen, so ist das schließlich ihr eigener Schade, anders aber verhält es sich mit den Schaffnern. Hier ist es unverantwortlich, bei solchem kalten und nassen Wetter, wie wir es seit langem gehabt haben und wohl noch lange haben werden, die offenen Wagen in Betrieb zu setzen.

Nicht große Mißstände herrschen seit längerer Zeit auf der Dampfstraßenbahn: Linie Zietenstraße bis Hundeshöhe, und zwar speziell des Vormittags auf der Strecke vom Ort Schmargendorf bis Bahnhof Schmargendorf. Hier ist des Morgens nur alle Stunden ein Wagen eingestellt, welcher dem Bedürfnis bei Weitem nicht genügt. Bis vor Kurzem wurden denn auch die nur kleinen Wagen so überlastet, daß oft zwischen 60—80 Per- sonen in denselben befördert wurden. Auf eine energische Bes- serung aus dem Publikum ist nunmehr an die Schaffner die strenge Anweisung ergangen, nicht mehr als die vorgeschriebene Anzahl Personen aufzunehmen, ohne daß jedoch mehr Wagen eingestellt worden wären. So kam es, daß zum Beispiel an dem gestrigen Montag bei dem herrschenden Regenwetter über 20 Per- sonen in Schmargendorf zurückbleiben mußten, darunter Ge- schäftsleute, welche nach Berlin ins Geschäft müssen, Beamte, bei denen jede Verspätung im Dienst von den unangenehmsten Folgen begleitet ist, und Schullinder, welche auf diese Weise um eine Stunde zu spät zur Schule kommen. Und gegen diese Zu- stände geschieht nichts! Die Gesellschaft, welche Abonnements- karten ausgegeben hat, befördert ihre Abonnenten nicht und ent- spricht überhaupt nicht den Anforderungen, welche an sie gestellt werden müssen, und die Schmargendorfer Gemeindevorwaltung sieht gleichgültig zu, wie durch eine derartig mangelhafte Ver- bindung sowohl die Eingewohnten benachtheiligt, als auch die auf Sommerwohnung befindlichen Berliner abgeschreckt werden.

Aus Weihensee schreibt man uns: Als der Sprecher der hiesigen freireligiösen Gemeinde, Herr Waldek Manasse, eben in der wissenschaftlichen Gemeinde in Weihensee am Sonntag Vormittag um 10 Uhr seinen Vortrag beginnen wollte, erhob sich der Herr Gendarm und erklärte die Versammlung für aufgelöst, da am Sonntag Vormittag keine Versammlungen stattfinden dürften. Weder das Vereinsgesetz noch die Gesplogenhellen in anderen Städten, speziell in Berlin, bestätigen die Handlungs- weise des Herrn Amtsvorstehers Feldmann. Gilt für Weihensee ein anderes Recht als für die übrige preussische Monarchie?

Eigenartige Zustände in einer hiesigen größeren Lampenfabrik. Man schreibt uns: Vor ungefähr vier Monaten berichtete der hiesige „Fokal-Anzeiger“, daß in einer hiesigen Lampenfabrik von einem Buchhalter beim Abliefern von Glaswaren auf einen harmlosen Hausdiener, welcher sich weigerte, defekte Waare zurückzunehmen, geschossen worden sei. Die Kugel war glücklicherweise am Kopf vorbeigegangen.

Zur weiteren Charakterisierung dieses Buchhalters können wir uns ganz zuverlässiger Quelle mittheilen, daß derselbe die Ar- beiter gewöhnlich als Knechte und den Meister als Oberknecht zu bezeichnen pflegt. Auch hat der Buchhalter Passionen, die jedem Roubdy eigen sind. Es macht diesem rohen Menschen Ver- gnügen, die Hausknechte am Schwanz zu ergreifen und gegen die Wand zu schleudern.

Selbst vom Chef wurde derselbe eines Tages in der Fabrik betrunken auf einem Lumpensack liegend vorgefunden. Daß sich nun dieser Buchhalter selbst als Rekrute-Offizier bezeichnen und das Feld seiner früheren Thätigkeit in Westfalen zu finden ist, welche dem Verbands der Metallindustriellen angehören, ist wohl bezeichnend. Als verständlich erscheint es gewiß, daß die be- treffenden Arbeiter, welche mit diesem Buchhalter zu thun hatten, ein mit über 100 Unterschriften bedecktes Gesuch an den Chef richteten, sie doch von diesem Menschen zu befreien. Diefem Gesuche wurde jedoch nicht Folge gegeben, vielmehr diese An- gelegenheit zu vertuschen gesucht und durfte dieser rohe Patron seine Schießübungen im Kesselhaufe weiter fortsetzen.

Die übergroße Nachsicht des Chefs betrundet um so mehr, da der betreffende Buchhalter eine ganz untergeordnete Kraft ist. Um so bedauerlicher muß es erscheinen, daß von der im Allgemeinen als human bekannten Firma erst kürzlich einige dort schon lange Jahre beschäftigte Arbeiter der geringfügigsten außer- halb der Fabrik stattgehabten Ursachen wegen entlassen worden sind, während der Meister-Buchhalter immer noch im Amte ist. Da nun die Entlassenen in erster Linie zu denen gehören, welche jenes Gesuch um Entfernung des Buchhalters unterzeichnet haben, so liegt wohl die Vermuthung nahe und wird dieselbe auch von den betreffenden Arbeitern getheilt, daß die Triebfeder zu diesen Entlassungen der durch jenes Gesuch in seiner vermeintlichen Ehre sich gekränkt fühlende Buchhalter ist.

Da nun die einzelnen Arbeiter gegen eine derartige Willkür und Mißwirtschaft machtlos sind, so wird es Aufgabe des Metallarbeiter-Verbandes sein müssen, die weiteren Vorgänge in jener Fabrik sowie das gemeinschaftliche Treiben jenes Buchhalters zu beachten.

Das Haus „Röllischer Fischmarkt 4“ erfährt gegen- wärtig einen Umbau, wobei die äußeren Spuren der historischen Vorgänge, die sich bei, an und mit diesem Hause abgespielt haben, noch mehr verwischt werden dürften, als dies bisher schon ge- schehen ist. Im Erdgeschoß des Hauses sind gegenwärtig in der Hauptfront zwei gewaltige Schaufensteröffnungen ausgebrochen worden. Dort, wo Jahrzehnte lang die D'Heurteufelsche Konditorei bestanden und sich in unseren Tagen Labbert's Restaurant be- fanden, werden nunmehr Läden aufgethan, so daß dem ehemaligen Palais des General-Feldmarschalls von Derfflinger ein schier in- dustrielles Gepräge verliehen wird. Ueber die Vorgeschichte des Gebäudes weiß die „Vossische Zeitung“ folgendes mitzutheilen: Schon im 16. Jahrhundert besaß an jener Stelle Berlin ein Haus, welches zu den ansehnlichsten der Stadt gehörte. Im Jahre 1667 wohnte dort der Bürgermeister O'Brien. Später er- stand das Besitztum der Große Kurfürst, der dasselbe im Jahre 1683 seinem „getreuen und verdienstvollen“ Derfflinger schenkte. Der Feldmarschall ließ es palastartig ausbauen und auf der Attika mit vier mächtigen Sandsteinstatuen schmücken, welche noch jetzt hoch oben von der Krönung der Front in die Breite Straße hineinschauen. Derfflinger's Erben besaßen das schöne Gebäude bis zum Jahre 1748. Durch Kauf gelangte es alsdann in andere Hände. Mit dem alten, barocken Bau verbindet sich aber auch die Erinnerung an den blutigen Barrikaden- Kampf in der Nacht vom 18. auf den 19. März 1848. Ein älterer Holzschnitt giebt von der damaligen Situation ein ziem- lich getreues Bild. Hoch oben auf dem flachen Dache des Hauses hatten Volkskämpfer hinter den vier Statuen und einer gegen das eiserne Einfriedigungsgitter vorgeschobenen Bretterwand Posten gefaßt, von hier aus die Vertheidigung der unten befind-

lichen Barricade unterstehend und die Breite Straße befreiend. Noch lange Zeit nachher zeigte die Front des Hauses die Spuren der Kugeln, welche man von Seiten der Truppen damals gegen dieselbe gerichtet hatte. In dem Gemäuer an der Straßenseite sah man noch bis Mitte der siebziger Jahre dicht neben der Eingangstür eine Kanonenkugel, neben welcher eine Tafel angebracht war mit der Aufschrift: „18. März 1848“. Dieselbe verschwand damals bei einer Renovierung des Hauses. Daß die nunmehrige Umwandlung des Erdgeschosses des Hauses in Ladenlokale mit großen Schaufenstern der alten Architektur erheblichen Abbruch thut, braucht kaum hervorgehoben zu werden.

Ueber den Lotteriehändler Wedel in der Alten Schopenhauerstraße, über dessen eigenartige Manipulationen wir berichtet haben, macht uns ein Berichtlerflatter noch die folgenden Mittheilungen: Wedel, ein Ausländer der vierziger Jahre lebender Mann, ist Inhaber einer Fabrik für Geschäftseinrichtungen am Grünen Weg, ferner Mitbesitzer eines Zigarren-Engros-Geschäfts in der Nähe des Spittelmarktes, und schließlich betreibt er auch noch ein gut fundirtes Lotterieloose-Geschäft, in welchem er u. A. an 150 Stück preussische Lotterieloose absetzt. Er soll in hohem Grade morphium-süchtig sein, wenigstens wurde diese Nachricht von seiner Familie in der Nachbarschaft der Wohnung verbreitet. Diese Krankheit hinderte ihn jedoch nicht, die Rennbahnen zu besuchen, wo er hoch wettete und Beträge bis zu 5000 M. am Totalisator einheimste. Seine preussischen Loose hat er bis auf wenige Stück abgesetzt, auch Antikeisidonee darauf ausgegeben, und es ist bis jetzt noch garnicht festgestellt, wie groß der Gewinn der in Frage stehenden Loose der vierten Klasse preussischer Lotterie gewesen ist. Die Höhe der Forderungen aus nicht abgelieferten Gewinnen, welche Loosegläubiger an den Mann haben, dürfte bis jetzt etwa 20 000 M. betragen. Sicher ist, daß W. diese Summe gegen Ausbändigung der Originallose bei der hiesigen königlichen Lotteriedirection erhoben hat.

Ein neues, in großem Stil errichtetes „Heiraths-bureau“ hat seine Pforten in Berlin aufgethan. Schon der mit zahlreichen Photographien von Damen geschmückte Prospekt, auf dem sich die Nennungen von wohlgefüllten Kassetten mit 50 000 M. und abwärts befinden, hat etwas Verlockendes, trägt er doch das stolze Motto: „Eine Millionarbeit ist die beste“. Zwei Hausdiener eines hiesigen Geschäfts, von denen der eine zum 1. September in seiner bisherigen Stellung gekündigt ist, beschloßen, dem Glücke die Hand zu bieten. Während der Stellenlose an den „General-Anzeiger“, Berlin, Postamt 12, schrieb, der „umsonst“ Stellenvermittlung versprach, wandte sich der andere, der ein sehr verlockendes Inserat gelesen hatte, in dem eine Waife mit 800 000 Mark Vermögen einen gebildeten (!) Gatten sucht, an die angegebene Adresse. Beider Kollegen barre zunächst eine große Ueberraschung, denn sie erhielten beide mit Postwendende Briefe vielerprechenden Inhalts, auf denen indeß eine Polnischnahme von 10 beziehungsweise 15 Mark stand. Wie erkannt waren Beide, nachdem sie so thöricht gewesen waren, die Nachnahme zu bezahlen, als sie aus den Briefen ersehen, daß sie an ein und dasselbe „Institut“ gerathen waren. Die angekündigte Gratis-Stellenvermittlung bestand in einem für den Hausdiener werthlosen Stellen-Verzeichnis aus alten Zeitungen, der Heiraths-lustige erhielt für seine 15 M. ein „Damenverzeichnis“. Der schwülstigen Anpreisung dieses Heiraths-bureau's, in dessen Wartesaal sich nach beigefügter Abbildung und Erläuterung Offiziere, höhere Beamte und die „feinsten“ Damen bewegen sollen, seien folgende Stellen entnommen: „General-Anzeiger Berlin. Gewirbmet allen Ständen von der höchsten Aristokratie... Verbindungen mit allen Staaten der Welt, übernimmt die Verheirathungen „umsonst“. „Dagegen bitten wir Sie, nachdem Sie sich durch unsere Vermittlung reich und standesgemäß verheirathet haben, uns mit einem freiwilligen Geschenk, dessen Höhe Sie selbst bemessen wollen, gütigst zu bedenken, und zwar erst dann, nachdem Sie sechs Monate verheirathet sind.“ Auf dem Prospekt ist die „Villa Augusta“, wie es heißt der Leiterin des Instituts gehörig, mit dem Vermerk „Privatbesitz“ abgebildet. Trotzdem übrigens die beiden Hausdiener jede weitere Verbindung in zwar unorthographisch, aber recht kräftig geschriebenen Briefen ablehnten, erhielt, wie der „B.-G.“ erzählt, namentlich der Heiraths-lustige noch fort und fort von dem Institut „Verzeichnisse“ gebildeter Damen; schade nur, daß das „umsonst“ Ehen stiftende Institut es jedenfalls für nöthig fand, die Briefe mit Nachnahmen zu besetzen; auch ein Revident war bereits verabreicht, dem Manne waren indeß die Ehen zu hoch, Schade, vielleicht könnte er heute schon glücklicher Gatte einer gebildeten Millionärin sein.

In große Aufregung wurden Montag Abend die Bewohner des Hauses Neue Königstr. 91 versetzt. In der in diesem Hause gelegenen 18. Polizeiwache erschien ein etwa 30-jähriger Mann, der sich als Kaufmann Schur aus der Büschingstraße vorstellte und die anwesenden Beamten aufforderte, ihn zu verhaften, da er geistig nicht gesund sei und in diesem Zustand fährlich, Unheil anrichten! Er bat, auf der Wache bleiben zu dürfen, und nun schied der Reviervorstand zu dem Kreisphysikus, der bald darauf eintraf und konstatierte, daß Sch. geisteskrank sei. Da auch die Personalien desselben als richtig befunden wurden, so sollte der junge Mensch nach der Neuen Charité überführt werden; hiergegen wehrte er sich, nachdem er bis dahin ruhig auf einer Bank gesessen, nun plötzlich mit aller Energie, warf sich zu Boden, schlug um sich und brüllte derart, daß die Passanten auf der Straße stehen blieben. Jetzt sollte der Kranke, da alles Jureden nichts half, gefesselt werden, und schon hatten sich mehrere Schulleute ihm genähert, als er plötzlich einen Revolver aus der Brusttasche zog und die Waffe gegen die Beamten abfeuerte. In dem Augenblick jedoch, als der Schuß trachte, war von einem der Schulleute der Arm des Jenen auswärts geschlagen worden und die Kugel fuhr in die Wade des Jammers. Nunmehr ging man rücksichtslos gegen ihn vor, und nach vieler Mühe gelang es, ihn zu fesseln und mittels Kopp'schen Krankenvogens nach der Charité zu schaffen.

Von den Behörden in Brüssel ist die hiesige Kriminal-polizei ersucht worden, nach einer höchst gefährlichen englisch-amerikanischen Gannerbände zu fahnden, die in der belgischen Hauptstadt eine der bedeutendsten Juwelengeschäfte um Schmuck-sachen im Werthe von 60 000 Fr. gepreßt hat. Bei diesem Ersuchen im Juli drei sehr vornehm gekleidete Herren und eine elegante Dame, die Pretiosen im Betrage von 60 000 bis 60 000 Fr. als Geschenke für eine silberne Hochzeit zu kaufen wünschten. Der eine dieser Herren, der sich Kapit. Drake Brodmann nannte und sich für einen Offizier in der englisch-indischen Armee ausgab, wurde, während er mit seinen Genossen, die alle das Französische nur sehr gebrochen sprachen, über den Kauf verhandelte, plötzlich scheinbar von ostindischen Bedienten besessen, die so zunahm, daß die Verhandlungen abgebrochen wurden. Die Gesellschaft entfernte sich mit der Erklärung, daß sie bald wiederkehren und dann eine Auswahl treffen würden. Ein paar Tage darauf erschien bei dem Juwelier einer der Herren, die den angeblichen Kapit. Brodmann begleitet hatten, stellte sich als dessen Sekretär vor und erklärte, daß der „Kapitän“ noch nicht so weit hergestellt sei, um das Bett verlassen zu können, daß aber der Ankauf der Juwelen abgeschlossen werden müsse, und hat daher den Juwelier, mit einer Auswahl Schmuck-sachen den Patienten in dessen Wohnung, Rue du Trone 15, zu besuchen. Der Kaufmann ging darauf ein und begab sich in Begleitung seiner Frau mit einer reichen Auswahl Pretiosen nach dem bezeichneten Hause. Im Flur wurde das Paar von dem Sekretär empfangen und in ein Zimmer in einem der oberen Stockwerke geführt. In einem Gemach neben diesem Zimmer lag der Erklärung des Sekretärs zufolge der kaufslustige Offizier im Bett. Der Sekretär erbat sich nun die Schmuck-sachen, um sie seinem Herrn vorzulegen. Da die Thür,

welche in das Schlafzimmer führte, offen stand und er auch sonst keinen Verdacht hatte, übergab der Kaufmann dem Sekretär die Kostbarkeiten. Der Sekretär ließ die Thüre zum Schlafzimmer offen. Es vergingen einige Minuten, da fiel es dem Kaufmann und seiner Frau auf, daß man im Nebenzimmer gar nicht sprechen hörte. Jetzt wurde der Kaufmann argwöhnisch, er trat in das Schlafzimmer, das er leer fand, und seine Schmuck-sachen waren auch verschwunden. In demselben Augenblick, in dem er diese betrübende Entdeckung machte, hörte das Ehepaar, wie die Hausthür zugeschlagen und von außen abgeschlossen wurde. Auf diese Weise wurde das betrogene Ehepaar an der sofortigen Verfolgung der Ganner verhindert, die einen kurzen aber werthvollen Vorprung gemannen, den sie wohl auszunutzen verstanden, denn sie sind bis jetzt noch nicht verhaftet worden. Die belgischen Behörden haben unterdessen in Erfahrung gebracht, daß der Mann, der sich Kapit. Drake Brodmann nannte, auch unter dem Namen Gutherb, Walter Smith, Walter Smith, Georges Gardner und Thomas Scanes Schwindelstein in großem Maßstabe verübt hat. Er ist ungefähr 45 Jahre alt, sieht kräftlich aus, hat einen jüdischen Gesichtszug, einen schwarzen Schnurrbart und trägt in Brüssel dunkle Kleider. Sein angeblicher Sekretär, der in Brüssel unter dem Namen Louis Mattert aufgetreten ist, soll John Shine heißen. Er ist 60 Jahre alt, klein von Wuchs, trug graue Kleider, einen kleinen runden Hut, hat einen kleinen Schnurrbart und graues Haar. Den Namen des dritten Schwindlers kennt man nicht. Der Mann, 53 bis 58 Jahre alt, ist ziemlich stark, allem Anscheine nach ein Engländer, hat graublau Augen, grauen Schnurr- und Knebelbart, spricht schlecht französisch, trug in Brüssel schwarze Kleider, hellbraune Handschuhe, einen goldenen Rasenmesser und eine aus Knoten zusammengesetzte goldene Westentaste. Die Frau, die das Geschäft in Brüssel in Begleitung dieses Schwindlers besuchte, zählt 45—50 Jahre, ist ziemlich groß, von rother Gesichtsfarbe und ist sehr elegant in dunklen Stoffen gekleidet. Sie hat sich für die Gattin des Unbekannten ausgegeben. Es ist eine bemerkenswerthe Thatsache, daß internationale Ganner von der Sorte der Herren Gutherb u. Komp., während sie alle Hauptstädte Europas mit Erfolg unsicher machen, von Berlin fern bleiben, seit hier in 1882 drei Hochstapler dieser Art, Warner, Davis und Reynolds, die nachweislich aber auch viele andere Namen geführt haben, festgenommen wurden, nachdem sie einleitende Schritte gethan hatten, um hier einen der Juwelere Unter den Linden zu plündern. Es wurde dieses Trio auch der 20 000 Mark Diebstahl in der Reichsbank zur Last gelegt, der damals so viel Aufsehen erregte, sie wurden dieser Angelegenheit wegen auch gerichtlich belangt, konnten aber nicht überführt werden. Einer von ihnen wurde darauf nach England ausgeliefert, zwei mußten in Freiheit gesetzt werden und die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß diese beiden Leute den Pretiosendiebstahl in Brüssel ausgeführt haben.

Wegen eines Verbrechens an der sechs-jährigen Martha R. wurde vorgestern der Versicherungsagent August Eichbaum verhaftet. Er hat das kleine Mädchen am 12. August aus Weichensee verschleppt, ihr Obst gegeben und die Kleine auf diese Weise veranlaßt, ihm zu folgen. Als das Kind nicht weiter gehen wollte, hat er es geschlagen und schließlich auf Weichensee Terrain in der Nähe der Knochenmühle in der Weißwälderstraße mißbraucht. Als Eichbaum vorgestern wieder in Weichensee erschien, um dort Versicherungsgeschäfte abzuschließen, wurde er mit vollster Bestimmtheit als der Entführer der Martha R. erkannt und gefänglich eingezogen.

Das Befinden des Knaben Max Scheffelmann, über welchen wir bereits berichteten, ist den Umständen nach gut, so daß seine demnächstige Genesung erwartet werden darf.

Das leidige Bootschaufen hat wieder zwei Opfer gefordert. Am Sonntag Nachmittag in der vierten Stunde misetheten sich zwei junge Leute, ein Herr und eine Dame bei dem Boot-verleiher Schweizer ein kleines Schwertboot, sogenannten Seelen-verkäufer, und fuhren mit demselben die Obersee herauf dem händchen zu. Als sie hinter der Liebedinsel angelangt waren, kam der junge Mann auf die unsinnige Idee, das Boot ins Schaufen zu bringen. Diesen Leichtsin sollte er mit seinem Leben bezahlen. Das Boot kenterte und beide Insassen fielen ins Wasser. Die junge Dame konnte noch rechtzeitig durch herbeigeeilte Schiffer gerettet und ans Land gezogen werden. Dagegen fand der junge Mann seinen Tod in den Wellen, da er von einer vorbeifahrenden Yule seitwärts geschleudert und durch den Strudel ins offene Fahrwasser getrieben wurde. Seine Leiche ist bis jetzt noch nicht gefunden. Der Ertrunkene ist ein Sohn des zu Friedrichsfelde wohnenden Konikers Moll.

In zweitem Falle war es ein Schüler, der 19-jährige Sohn des Bootbauemeisters Hahn zu Hummelburg, der zu seinem Vergnügen ein kleines Floß, welches seinem Vater gehört und an die Dreptower Wiesen im Wasser lag, ins Schwanen brachte. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und ertrank, noch ehe Hilfe gebracht werden konnte.

Die Extrasahrt der Berliner Buchdrucker nach Leipzig wird, wie uns mitgetheilt wird, am Sonntag, den 23. August, Morgens 5 Uhr 45 Min., vom Anhalter Bahnhof aus stattfinden und werden Anmeldungen hierzu nur noch heute im Bureau Oranienstr. 128, 2 Treppen, entgegengenommen. Der Preis der Billets ist auf 6,00 M. festgesetzt und berechtigt zur Hin- und Rückfahrt mit dreitägiger Gültigkeitsdauer. Gäste (Nichtbuchdrucker) können theilnehmen.

Polizeibericht. Am 17. d. M. Nachmittags wurde der zweijährige Knabe Karl Blesse vor dem Hause Prinzenstr. 3 von einem Geschäftswagen überfahren. Er erlitt außer einer Verletzung des Fußes einen Bruch des Unterschenkels. — In derselben Zeit stürzte der achtjährige Knabe Fritz Heintze in dem Hause Rosenhallerstr. 13, als er auf dem Treppengeländer hinunterglitt, aus dem zweiten Stock in den Hausflur hinab und erlitt anscheinend eine Gehirnerschütterung. — Gegen Abend warf der Schlosser Berend den Vergolder Krüger in dem Hause Mariannenstr. 51 die Treppe hinunter, wodurch derselbe innerlich so schwer verletzt wurde, daß er nach dem Krankenhause Bethesda gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 18. d. M. wurde ein Mann auf dem Hofe des Hauses Verlebergerstr. 37 erhängt vorgefunden.

Gerichts-Beitrag.

Unter der Anklage der Majestätsbeleidigung und der Beamtenebeleidigung, bezogen in dem Schaufenstern von Juche, Yorkstr. 68, standen die Genossen 1. der Tischler Karl Ohm wegen Majestätsbeleidigung und Beamtenebeleidigung, 2. der Arbeiter Reinhold Kirß wegen Beamtenebeleidigung, vor der IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts und wurden 1. Karl Ohm nach der Anklage zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten wegen Majestätsbeleidigung und 14 Tagen wegen Beamtenebeleidigung bestraft, 2. der Arbeiter Kirß, Kirß von der Beamtenebeleidigung freigesprochen. — Herr Ohm, welcher am 7. März d. J. in oben bezeichnetes Lokal jugend hineinam, soll sich später bei einer gegenseitigen Keiberei mit zwei Eisenbahnrennern beleidigende Ausfertigungen gegen den Kaiser und die beiden Zeugen erlaubt haben. Die Zeugen waren Bremser Seeger und Hilfsbremser Michaelis, beide in der Yorkstr. 70 wohnhaft.

Die sozialistische Agitation, welche neuerdings in den Landbezirk von Cöstrin verpflanzt wurde, feiert ihre Nachspiele vor dem dortigen Gericht. Von der Strafkammer zu Cöstrin wurde am 17. d. M. gegen den Zigarrenhändler Stadernack aus Berlin ein Straffall verhandelt, welche eine Majestätsbeleidigung

zum Gegenstande hatte. Der Anklage lag folgendes Sachverhalt zu Grunde. Am 28. Dezember vor. Js. fand zu Cöstrin eine Volksversammlung statt, in welcher der Angeklagte Stadernack über das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz referirte. In der Diskussion nahm der Zeuge Loof das Wort und wies die Arbeiter darauf hin, daß die sozialdemokratischen Agitatoren auf Kosten der Arbeiter reisten. Darnach soll der Angeklagte gesagt haben, mit demselben Rechte sollten ich fragen, auf wessen Kosten reist denn unser Kaiser, was sollten die Hof-Equipagen zu Berlin. In dieser angeblich gefälligen Neuherung sah die Staatsanwaltschaft eine Majestätsbeleidigung, erhob die Anklage und beantragte in dem Termine den Ausschluß der Öffentlichkeit. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Freudenthal-Berlin widersprach dem Verlangen des Staatsanwalts, da kein gesetzlicher Grund vorläge, welcher die Nichtöffentlichkeit rechtfertige. Der Gerichtshof lehnte den Antrag des Staatsanwalts ab. Als Zeugen wurden der Amtverweser Köpcke und der Zeuge Loof vernommen. Ersterer kündete, daß der Angeklagte in seinem Referate von der Monarchie gesprochen und von den großen Lasten, welche dieselbe mit sich bringe, daß ferner der Angeklagte die Kosten der Reisen des Kaisers in der Diskussion hervorgehoben. Der Zeuge Loof bestätigte die Angaben, welche die Angeklagte in der Anklage zu Grunde liegen, gab sodann auf Befragen des Rechtsanwalts Freudenthal zu, daß er, der Zeuge, sich gegen die sozialdemokratischen Führer und Agitatoren gewandt habe, weil dieselben auf Kosten der Arbeiter lebten und reisten, und daß der Angeklagte unmutig über eine derartige Kampfwaise gesagt habe, einem solch traurigen Gegner werde er noch nicht begegnet und hieran die inkriminirten Worte geknüpft habe. Der Staatsanwalt setzte in seinem Plaidoyer auseinander, daß eine Majestätsbeleidigung vorliege und beantragte eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Rechtsanwalt Freudenthal beantragte die Freisprechung des Angeklagten, indem er ungefähr folgendes ausführte: Was der Angeklagte bezüglich der Kosten der Monarchie erklärt, sei vollständig belanglos, da hierzu höchstens eine Kritik einer Staatseinrichtung gefunden werden könnte, mit der Person des Monarchen habe die Neuherung nichts zu thun, aber auch bezüglich der sonstigen Neuherungen des Angeklagten sei von einer Majestätsbeleidigung nicht die Rede, derselbe habe nur einen unangenehm gemessenen Vornurz des Lehrers Loof zurückgewiesen wollen und damit, daß er, der Angeklagte, es als unangenehm hingestellt habe, daß der Zeuge Loof betont habe, die sozialistischen Führer reisten auf Kosten der Arbeiter, habe der Angeklagte es als ungebührlich gekennzeichnet, wenn man in ähnlicher Weise über die Reisen des Kaisers sprechen wollte. Nach längerer Verathung verkündete der Gerichtshof die Freisprechung, indem derselbe die Ausführungen des Rechtsanwalts Freudenthal annahm.

In den Unbegreiflichkeiten, welche die Großstadt manchmal zeitigt, gehört auch die häufig beobachtete Thatsache, daß ehrliche, arbeitslustige Leute alle ihre Mühen, eine Stelle zu erlangen, vertheilt sehen, während auf der anderen Seite oft der größten Ganner mit den bequemsten Vertrauensposten besetzt werden. So fand vorgestern vor dem hiesigen Schöffengericht ein alter, schon dreimal wegen Diebstahls und Unterschlagung vorbestrafter Verbrecher, welcher von einer hiesigen Firma als Kassendote angestellt worden war und diese gute Gelegenheit natürlich sofort auf seine Weise auszunutzen hatte. Gestern folgte ihm ein anderer, mehrfach vorbestrafter Mensch, der Kaufmann Rudolf Keller, welcher in die Vertrauensstelle eines Kassendote verwallers gelangt war und das ihm geschenkte Vertrauen gemitbraucht hat. Der Angeklagte hatte ein Hand in der Kassendote zu verwalten und hat die Miethen, welche er am 1. Juni in Höhe von 206 M. einlieferte hatte, unterschlagen. Der Angeklagte ist ein äußerst durchtriebener Mensch, welcher anscheinend dem weiblichen Geschlecht sehr gefällig ist. Obgleich er verheirathet ist, wohnt er bei einer Wittwe, mit welcher er eine freundschaftliche Verhältnis unterhält und hatte sich gleichzeitig mit einer Keilerin „verlobt“, welcher er sich unter der Maske eines Kriminalbeamten genähert hatte. Daß er eine ungewöhnliche Macht über die Frauen ausübt, zeigte sich in der gestrigen Verhandlung in erklärlicher Weise. Er behauptete nämlich, daß ihm der Posten von 405 M. in einer Nacht, in einer Nacht, welcher er sich total betrunken, abhandeln gekommen sei, während ihm seine Freundin und Wirthin den anderen Theil von 206 M. gestohlen habe. Der Gerichtshof war höchst erstaunt, als die letztgedachte alte Frau, welche bis dahin unbefehlten war, nun wirklich vortrat und dem Gerichtshof ein offenes Märchen auszubilden wollte. Sie beschuldigte sich selbst, dem Angeklagten in einem Augenblicke des Jähzorns die gestohlene Summe gestohlen zu haben, um ihm eine anzuhängen. — Die Erzählung lang aber so unglauwürdig, daß der Gerichtshof diese Zeugnis gar nicht verachtete. Auch die „verlobte Keilerin“ des Angeklagten stand unter der Gewalt desselben. Sie hatte erfahren, daß der Angeklagte verheirathet sein sollte und vermochte doch nicht, von ihm zu lassen und bei einem Stellchicken in einem lauschigen Gange des Biergartens machte sie ihm zuschwören, nicht von ihm zu lassen, was auch kommen möge. Sie hat sich nachher doch eines Besseren besonnen und verrieth gestern dem Gerichtshof, daß sie unter dem Einflusse des Angeklagten vor der Polizei eine falsche Aussage zu Gunsten desselben gemacht habe. Der Staatsanwalt brachte eine neunmonatige Gefängnisstrafe gegen den Angeklagten in Vorschlag, der Gerichtshof hielt denselben aber für einen so gemeinen thörichten Menschen, daß er denselben zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurtheilte und sofort in Haft nahm.

Wegen eines frechen Schaufenstern-Diebstahls fand gestern der Kolporteur Gustav Max Buchs vor der 2. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Der erst im vorigen Jahre bestohlene Goldwaaren-Fabrikant Wagner, Oranienstr. 68, hat an seinem Hause einen mit zahlreichen Uhren, Ketten und Goldwaaren angefüllten Schaufenster, welcher die besondere Aufmerksamkeit des Angeklagten erregt. Derselbe nahm von der Schaufensterrückwand verschiedene Besuche, welche auf dem Kasten abstammte, Kenntnis, stellte danach einen Schüssel zurecht und öffnete mit demselben am 25. März Vormittags, mit der größten Unbegreiflichkeit das Schaufenster. Er kammerte sich nicht um den gewaltigen Schaden, der bei ihm vorüberfuhre, sondern steckte sich seine Zigarre schmauchend, in aller Seelenruhe die schwarzen goldenen Ketten und Uhren in die Taschen. Ein vorbeikommender Bankbeamter, welcher den Angeklagten einige Zeit beobachtet hatte, packte denselben schließlich beim Krugen und führte ihn zum Geschäftsfloß des Besohlenen. Die Durchsuchung des Kleiders ergab, daß der Spitzbube für mehr als 1500 M. Waaren eingekauft hatte. Man hatte in seiner Person einen Revolver gefunden, welcher auch von der Leipziger Kriminalpolizei beschlagnahmt wurde, weil er denselben mit zwei anderen Genossen einen Branddiebstahl verübt hatte. — Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 2-jährigem Ehrverlust.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Lektür! Die Kollegen der Werkstatt von Eibert, Alt-Moabit 77, wurden am Sonnabend ohne jeglichen Grund unter Schimpfworten entlassen. Die Kollegen werden ersucht, obige Werkstatt zu meiden. Der Vertrauensmann der Lektürer Berlins und Umgegend, Feinr. Rautenhaus, Fürststr. 6.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht folgenden Situationsbericht:

Zu dem bis dato gemeldeten Zuständen sind ferner hinzukommen: die Weisgerber in der Lederfabrik von Krüger in Berlin. Die Arbeitsstellung erfolgte wegen bedeutender Lohnreduzierung. Es kamen 23 Arbeiter zum Ausstand, wovon 18 verzehrt sind, die zusammen 43 Kinder haben.
In Järich (Sachsen) kamen in der Offenbacherischen Glasfabrik 30 Glasarbeiter zum Ausstand, weil sie sich eine Lohnreduzierung von 25 pCt. gefallen lassen wollten.
In Leipzig stellten 60 Töpfer die Arbeit ein, weil die Arbeiter sich eines Bruches des im Jahre 1888 vereinbarten Tarifs schuldig machten. Die Zahl der Ausstehenden hat sich vermindert, daß es jedenfalls gelingen wird, die Arbeiter zu zwingen, an den bis dato geltenden Löhnen festzuhalten, doch wird hier wesentlich der Zugang von außerhalb entscheidend sein, weshalb wir ganz besonders hervor warnen wollen.

In Köln (Maschinenfabrik von Weibel u. Komp.) stellten 9 Normer die Arbeit ein, weil zwei ihrer Kollegen, welche die Rechte der Arbeiter dem Fabrikanten gegenüber verteidigt hatten, entlassen werden sollten.
In Varnstedt (Schuhmacher) ist eine wesentliche Besserung des Zustandes nicht erfolgt. Die Ausstehenden leiden unter hartem Zugang, doch ist es ihnen bis jetzt gelungen, die Interessen mit ganz wenig Ausnahmen wieder zum Verlassen des Ortes zu bewegen. Die Lage läßt sich nach den eingehenden Berichten dahin abschätzen, daß ein Sieg der Arbeiter ziemlich sicher ist.

In Hamburg (Kesselreiniger) wird von der Packerlei-Aktiengesellschaft versucht, die Ausstehenden dadurch zu erregen, daß die angemeinsten Seelente zur Reinigung der Kessel kommandiert werden. Würden diese Leute dem Befehl nicht Folge leisten, so könnten sie wegen Arbeitsverweigerung von Rechtswegen bestraft werden. Herrliche Einziehung!
Doch soll dieser Versuch kein ausreichender sein, da die Kesselreiniger Leute von schwächlichem Körperbau sein müssen, während die Seelente meist robuste Leute sind, also nur auf Vermeidung der Reinigung des Kessels verzichten, da sie in denselben nicht hineingelangen können. Die Gefahr, welche für die Schiffe durch diese Unterlassung entsteht, dürfte doch die Abwehr zwingen, von der Lohnfälligkeit Abstand zu nehmen.

Die neulich angeregte Einberufung der Konferenz der Vorstände der Zentralvereine scheint fast allseitig sympathisch aufgenommen zu werden, da bis jetzt nur von einer Seite eine abweisende Antwort auf unsere Einladung erfolgt ist. Es läßt sich an der Zweckmäßigkeit dieser Konferenz kaum zweifeln, da die gegenwärtige Lage einer Klärung bedarf, die durch das Zusammenstreifen der Vorstände erfolgen würde. Es wäre wünschenswert, die Annäherung der Vorstände baldmöglichst erfolgen würde, um genügend Unterkunftsräume besorgen zu können.
Die Generalkommission.

Für den Monatsfonds sind weitere Beiträge eingegangen:
Verlag Quittung 75 455. — M. Braunschweig, Generalkommission 450. Neustadt a. d. Orla 41.10. Breslau, Bildbauer 27.25. Breslau 130. — Lübeck, durch Meyer 1 381.75. München Weisgerber bei J. M. 25. — Elberfeld, Gewerkschaften, zweite (Schluß) Rate 75.50. Torgau, Tabakarbeiter und Arbeiterinnen (Schluß) Rate 10. — Suhl (Rambord), 81.50. Göttingen, durch die Th. Tribüne 8. — Westmünde 1 000. — Langzig, Arbeiterschaft 55.90. Lehmk. Post Boden 12. — Stuttgart, Gewerkschaften, vierte (Schluß) Rate 200. — Frankfurt (Main) 200. — Berlin, Expedition des „Vorwärts“ 250. — Hamburg, 3. Wahlkreis, durch Großkopf 7.50. Gadow (Ober) 200. — In Summa für den Monatsfonds 79 835.55 M.
In der Quittung vom 25. Juni bis 1. Juli muß es heißen „Kopie“: Arbeiterschaft Pirna 97.00. M. Dammann, Kassier. Hamburg, Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 13. 1. St.

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 30. Juli bis 2. August eingegangene Gelder:
Weisgerber, Dohna 12. — Gesammt bei einem Hochzeitsfest, Wandersied 2.40. Aus Guben 25. — Von den Weisgerbern Chemnitz 30. — Von mehreren Maurern, Gimsbüttel, 2. Schoop 36. — Schaller's Verlobung, Naumburg 1.02. Weisgerber, Uhlenhorst 12. — Klub „Hoffnung“, Gild bei Naumburg 10.20. Weisgerber, Durlach 15. — 5. Bezirk, Hamburg 20. — Weisgerber, München, b. J. M. durch J. S. 25. — Kreisverein der Weisgerber, Karlsruhe, Wühlburg 20. — August 20. — St. Georg 20. — Ueberschuß vom Ball des Lokalvereins der Zimmerleute, Uetersen 8. — Verband der Weisgerber, Magdeburg 15. — Polier Waldheims 5. — Kommission der Tabakarbeiter, Berlin 117.10.

Wahlbewegung. Bei der Abstimmung über die Abänderung des Tarifs stimmten von den Buchdruckern des Main-Kreises (des dritten Tarif-Kreises) 765 für und 45 gegen Erhöhung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und event. Erhöhung der Grundpositionen des Lohnes, für die Abschaffung des Lohnschlags (Kontingents) 505 für und 279 gegen, für Erhöhung des Lohnschlags an den einzelnen Orten im Kreise 574 für und 279 gegen. Im Main-Kreis (Sachsen und Herzogtum Anhalt) (zweiter Tarif-Kreis) wurden von 2778 gültigen Stimmen abgegeben 2681 für und 97 gegen Verlängerung der Arbeitszeit, 2653 für und 125 gegen Erhöhung der Grundpositionen des Lohnes, 2579 für und 199 gegen Erhöhung der Lohnschlags. In Leipzig allein waren von 1706 abgegebenen gültigen Stimmen 1638 für Verlängerung der Arbeitszeit und 48 gegen, 1600 für Erhöhung der Grundpositionen um 12 1/2 pCt. und 56 gegen, 1600 für Erhöhung des Lohnschlags und 97 gegen.

Die Lage der Breslauer Barbiergehilfen ist nach einem Bericht der „Volkswehr“ eine sehr unbedrückende. In den ersten Wochenenden beträgt die tägliche Arbeitszeit 15, des Sonntags wenigstens 16 und am Sonntage wiederum 15 Stunden. Das macht wöchentlich 106 Stunden; hiervon gehen 5 bis 6 Stunden gegen Ausgangzeit ab, welche natürlich auf einen Sonntag fällt. Abgesehen davon bleibt noch eine wirkliche Arbeitszeit von 99 bis 101 Stunden, wofür ein Lohn von 7 bis 7 1/2 M. wöchentlich gezahlt wird, natürlich bloß halbes Jahr. Der Lohn ist im Vergleich mit dem Lohn der Barbiergehilfen in anderen Städten ein sehr hoher, durchschschnittlich 6 M., selbst kaufen. Von dem Lohn muß er ferner Handwerkszeug, Wäsche, Steuern, Krankengeld und für die Invaliditätskasse u. s. w. bezahlen. Die Gewerkschaften haben, wenn ihnen das Jämmerliche der Lage der Barbiergehilfen vor Augen geführt wird, sofort den billigen Einwand, daß auch Trinkgelder gezahlt werden, die eine ganz wesentliche Einnahme für die Gehilfen ausmache. Das Trinkgeld ist allerdings über den Gehilfen; man mag die Löhne erhöhen, das Trinkgeld geben ganz abschaffen, was für den Arbeiter so lästig, wie für den Empfänger erntendringend ist. Zudem ist es mit der Einnahme aus den Trinkgeldern nicht weit her. Der Hauptverdienst der Barbiergehilfen besteht in der Herstellung der Wäsche, den herrschenden Verhältnissen zu steuern und sich dafür natürlich der Abneigung der Geschäftshaber zu erfreuen.

Der Kreuzer-Zonentarif hat dem österreichischen Staate im Zeitraum vom 1. Juli 1890 bis Ende Juni 1891 gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme der fahrenden Personen um 1 1/2 Millionen und eine Erhöhung der Gesamteinnahme um 1 1/2 M. gebracht. Wenn man an dem ausnahmsweise großen Ueberschuß zur Zeit der Pariser Ausstellung abzieht, ergibt der

einjährige Bestand des Kreuzer-Zonentarifs eine Zunahme der fahrenden Zahl um 49 1/2%, der Einnahme um nahezu 3 pCt. Der Kreuzer-Zonentarif ist dabei noch lange nicht das Ideal eines Zonentarifs.

Saaralben. Die große Hutfabrik Langenhagen u. Ko. in Saaralben und die hiesige Hutfabrik War sollen nach Frankreich verlegt werden, weil der Export nach Frankreich, welches das Hauptabgabegbiet jener Firmen ist, infolge der französischen Zölle erhebliche Einbuße erleidet. Der größte Teil der Arbeiter der beiden Fabriken ist schon entlassen, und durch die zurückgehaltenen Arbeiter soll nur noch die angefangene Arbeit fertiggestellt werden; die Hutfabrikation ist für jene Gegend ein Hauptindustriestütz; der Ausfall der Beschäftigung wäre daher für Hunderte von Personen ein großer Schaden.

Schönheide. Die weltbekannte Schönheider Wärschen- und Pinselabrikation war im vergangenen Jahre eine der wenigen Industrien, welche sich eines durchaus zufriedensstellenden Geschäftsganges zu erfreuen hatte. Der Absatz in gewöhnlicher und besserer Waare hat sich sowohl im In- als auch im Auslande abermals bedeutend vermehrt. Hauptabgabegebiete sind außer Deutschland die Vereinigten Staaten, von welchen trotz der Zollserhöhung große Aufträge vorlagen, Südamerika, Ostindien, Australien, namentlich aber England und seine Kolonien; Skandinavien hatte geringeren Bedarf, da dort die Wärschenfabrikation sich weiter ausbreitete. Die Erweiterung des Absatzgebietes sucht die hiesige Fabrikation durch möglichste Vervollkommen der Maschinen und durch Gebiegenheit der Erzeugnisse zu erreichen, und es ist ihr gelungen, die französische und englische Konkurrenz durch Aufnahme von Spezialitäten, wie Cellulosebürsten in Eisenblech, Mond-, Bernstein- und Malachit-Imitation, Jagdbürsten aus Hartgummi, Jirkularbürsten für Zahnärzte, Wärschen für Schleifapparate, Filz-, Gummi- und Korkegel, baumwollene Näher zum Polieren, kleine Pinsel zum Reinigen der Hände, sowie durch Beschaffung neuer Muster wirksam zu bekämpfen, wogegen die Einführung der Spezialitäten großen Schwierigkeiten begegnete. Die älteste hier bestehende Wärschen- und Pinselabrikation eröfnete ihre Arbeiterzahl und beschäftigte 500 Personen in der Fabrik und 400 im Hause; die zweite Fabrik vermehrte ihre Arbeiter von 160 auf 190, eine dritte von 100 auf 120. Die Löhne hielten sich auf der Höhe des Vorjahres, nur in einigen Zweigen der Fabrikation erfahren sie eine Steigerung von circa 10 pCt. — In der Wärschenfabrikation zu Naunkranz war wie im Vorjahre ein guter Absatz, sonst aber keine Veränderung zu verzeichnen.

Wien. Die hiesigen Handlungsgehilfen haben ein Komitee gewählt, welches die Statuten zu einer Organisation auszuarbeiten soll. In der betreffenden Versammlung waren unsere Genossen die geistigen Leiter. Bemerkenswert ist noch die in derselben gemachte Mitteilung, daß die Wiener Handlungsgehilfen im Durchschnitt nur 25—40 fl. Monatsgehalt haben und dabei die Ansprüche der Chefs immer größer werden.

Die Ausstandsbedingungen unter den süddeutschen Kohlenarbeitern (Triafl) hatten, wie wir richtig vermuteten, in ganz besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen ihren Grund. Ein großer Teil der Arbeiter von der Triafler Kohlenbergwerkseisenbahn bekommt oft das ganze Jahr hindurch keinen Kreuzer Geld in die Hand und muß sich in der Hauptsache von Kartoffel- und Getreidemehl, Wasser- und Kartoffelsuppe nähren. In Triafl existiert ein Bruderladefonds, aus welchem die Arbeiter gegungen sind, ihren Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Der Arbeiter ist — da die Löhne nicht einmal zur Deckung der notwendigsten Lebensbedürfnisse hinreichen — diesem Fonds während der Schuldbilg. Der Betrag für gesuchte Lebensmittel wird vom Lohne durch die Verkleinerung in Abzug gebracht; Fleisch bekommt man in diesem Fonds nicht, folglich ist es fast undenkbar, daß die Arbeiter, die keinen Kreuzer Geld in die Hand bekommen, sich solches verschaffen können. Die Behandlung der Arbeiter ist willkürlich und inhuman. Die Arbeitszeit beträgt täglich 12, öfter 18 und noch mehr Stunden.

Bei solchen schandvollen Verhältnissen liegt der Streik natürlich stets in der Luft — unsere Genossen werden aber versuchen, ihn solange zu verhindern, bis die Verhältnisse sich durch eine gute Organisation widerstandsfähig gemacht haben, um dann bei einer günstigen Geschäftslage den Streik siegreich durchführen zu können.

Versammlungen.

Eine öffentliche Hausdienerversammlung, welche sehr gut besucht war, fand am 11. d. M. statt. In derselben erörterte Kollege Herrmann die Entziehung der Kolligelder und die Einziehung derselben durch die Spediture, und führte dabei die Firma Jacob u. Valentien an, welche bei ihrer Begründung pro Koll 10 Pf., dann als sie Kunden erworben hatte, nur noch 5 Pf. zahlte und jetzt diejenige Firma ist, welche für Abschaffung der Kolligelder lebhaft eintritt. Die Spediture haben bekanntlich einen Ring gebildet, dessen Angehörige bei Weiterführung der Kolligelder 4000 M. Konventionalstrafe zahlen müssen. Der Referent war der Ansicht, daß, wenn die Spediture keine Kolligelder zahlen, die Käufer von den Chefs auch keine Kolligelder-gratifikation erhalten würden. Am besten wäre es überhaupt, wenn die Käufer beim Kauf der Koll und Kisten nicht behilflich sein würden; dadurch würden die Spediture genötigt, mehr Arbeiter einzustellen. (Beifall.) Da kein Speditur anwesend war, wurde in die Diskussion eingetreten.
Kollege Grauer sah die Kolligelder für ein Tringeld an. Gerade weil die Chefs wissen, daß der Hausdiener Koll- und Tringeld erhält, bieten sie demselben den niedrigen Lohn von 10—12 M. pro Woche. Die Firma Bogar 2. Brodmann ist in dieser Beziehung besonders bekannt. Redner bittet um Schaffung einer Organisation. Wenn 3. B. von 35 000 Hausdienern nur ca. 3000 organisiert wären, so sei dieser Bruchteil schon im Stande, einen Druck auszuüben. (Beifall.)

Kollege Kubitzke plädiert für Abschaffung der Kolligelder, die doch weiter nichts seien, als ein Tringeld, das man nach vielen Hin- und Herlaufen erhält. In großen Geschäften mit harter Koll-Expedition seien die Kolligelder ja von Vorteil, dagegen in kleinen Geschäften, wo selten ein Koll weggeht, seien sie nicht der Rede wert. Hätte man eine geschlossene Organisation, so könnte man deraartigen Fragen energisch zu Leibe gehen.
Kollege Brill fährt aus, daß große Firmen in der Saison im Monat 900—1000 Ballen expedieren; der Wegfall der Kolligelder würde hier für einen Familienvater ein harter Schlag sein. Redner ist ebenfalls der Meinung, daß die Käufer beim Kauf nicht behilflich sein sollen, trotzdem sie ja Arbeitsgenossen sind, und erklärt es für verwerflich, daß die Spediture noch schulpflichtige Kinder von Nachmittags an bis in die späte Nacht beschäftigen.
Kollege Lambrecht begrüßt das Vorgehen der Spediture insofern, als sich die Hausdiener insofern des Vorgehens der Spediture den Vereinigungen anschließen würden.

Kollege Müller (Lederbranche) ist dem entgegen der Meinung, daß diese wichtige Frage viel von den Chefs, hauptsächlich aber von den Kollegen selbst abhängt. Die Spediture seien nicht im Stande, den Ring zu halten, und die Hausdiener würden deshalb wohl nach wie vor ihre Gelder bekommen. Redner führt diesbezügliche Beispiele an und tritt zum Schluß für eine einheitliche Organisation ein.
Kollege Falkenthal wünscht, daß die Käufer von den Chefs keine Tringelder mehr erhalten.

Kollege Bendix macht der Firma Jacob u. Valentien wegen ihres Verhaltens Vorwürfe und theilt mit, daß die Firma Valand u. Dietrich schon seit dem 1. Juli keine Kolligelder mehr zahlt. Interessant war es zu hören, daß ein Kollege von seinem Chef beauftragt wurde, des Sonntags während der Kirchzeit den Kolligelder behilflich zu sein. Als jedoch das polizeiliche Strafmandat kam, mußte der Hausdiener dasselbe bezahlen!

Kollege Fürstena u. erklärt, einige Spediture u. a. die Firma Jacob u. Valentien, hätten sich verpflichtet, am Schluß des Jahres eine Gratifikation von 15—20 M. zu zahlen.
Kollege Plath hebt hervor, daß es schwer halte, für eine Vereinigung zu agitieren. Redner empfiehlt sobald als möglich zusammen zu gehen und die persönlichen Mängel zu unterlassen.

Genosse Schäffer, früher Angestellter einer Expeditionsfirma, fährt aus, daß ihm die Kolligelder vorlämen wie die Mietsteuer. Die Chefs sollten nur ihre Hausdiener besser lohnen, letztere könnten dann auf die Kolligelder verzichten. Er wisse aus Erfahrung, daß sich sogar die jungen Leute all Monate Gelder von den Expeditionsfirmen holten, die Hausdiener, also in diesem Falle hintergangen würden. Ferner fährt Redner aus, daß sich Herr Jacob zum Vergnügen einen Dampfboot für 5000 M. gekauft hätte und nur in Wagen mit Gummitüchern fahre; er solle sich mehr einschränken, um seine Arbeiter anständig bezahlen zu können. (Beifall.)

Die Versammlung nahm dann folgende Resolution gegen eine Stimme an:
„Die heutige öffentliche Versammlung der Hausdiener Berlins erklärt die Gewohnheit der Kaufleute, bei Bemessung des Lohnes ihre Hausdiener auf Tringelder anzuweisen, für eine unmoralische und verlangt eine Bezahlung, die eine Lebenserhaltung ermöglicht, unter Berücksichtigung auf jegliches Tringeld. Dies ist jedoch nur durch eine geschlossene Organisation zu ermöglichen, und verpflichten sich die heute hier anwesenden Hausdiener, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Erreichung dieses Zieles einzutreten und in ihren resp. Vereinigungen dafür zu wirken.“

Darauf wird folgender Antrag gegen 2 Stimmen angenommen: „Das heutige Bureau wird beauftragt, Adressen von den Spedituren zu sammeln, welche das Kolligeld weiter zahlen, und diese den Kollegen mitzuteilen.“

Bei Punkt 3, Agitations-Kommission, entspinnt sich eine lebhafte Debatte, welche mit der Annahme eines Antrages des Kollegen Lambrecht endete, keine Agitationskommission zu wählen. An deren Stelle setzte man einen Vertrauensmann in der Person des Kollegen Otto Plath ein, welcher Neue Promenade 5 wohnt und befragt ist, nach Bedarf öffentliche Versammlungen einzuberufen. Ferner wurden die Kollegen Hertel, Püher und Alsdorf als Referenten gewählt, um die Vorträge, von 2. zu prüfen. Hieraus gab zum Punkt 4, Bericht und Wahl der Pressekommision, Kollege Kubitzke den Bericht. Danach betrug seit Bestehen der „Einigkeit“ bis zum 18. April d. J. die Gesamteinnahme inklusive Ueberschuß von den Festen u. s. w. 3491.40 M., die Ausgabe 3500.58 M., folglich bleibt eine Mehrausgabe von 69.18 M. An Einnahmen hat die Zeitung 1297.13 M. Der Pressekommision wurde auf Antrag der Referenten Decharge erteilt. Kollege Kasper beantragte, einen ständigen Ausschuß von fünf Personen einzusetzen, welcher die Befugnis hat, über Geschäftsführung und Kassenerhebung der Pressekommision zu wachen, ferner berechtigt ist, zu jeder Zeit Einsicht in die Buch- und Kassenerhebung zu nehmen und dieselbe mindestens einmal im Vierteljahr genau zu prüfen und Bericht zu erstatten, endlich verpflichtet ist, dafür zu sorgen, daß der Vierteljahresbericht in der Zeitung „Die Einigkeit“ an geeigneter Stelle veröffentlicht wird. Weiter soll dieser Ausschuß alljährlich einmal vor der öffentlichen Hausdienerversammlung mündlich den Kassenerbericht erstatten, worauf 3 Mitglieder, und zwar durch das Loos, ausscheiden und durch Wahl in derselben Versammlung ergänzt werden. Wiederwahl ist zulässig. Dieser Antrag, sowie ein zweiter des Inhalts, eine Ergänzungswahl in der Pressekommision vorzunehmen und dieselbe auf 12 Stimmen zu erhöhen, wurden gegen 8 Stimmen angenommen.

Für das Weiterbestehen der „Einigkeit“ sprachen die Kollegen Kasper, Grauer, Kubitzke, Falkenthal und Alsdorf; gegen das Weiterbestehen die Kollegen Bartel und Lambrecht. Die meisten Redner waren der Ansicht, daß, wenn Jeder tüchtig für die Zeitung agitirt und guten Willen zeigt, das Defizit am Ende des Jahres gedeckt sein wird. Auch soll von jetzt ab nicht alles von einer Person abhängig sein. Ferner wurde das Schreiben eines Kollegen verlesen, worin derselbe die Zeitung abbestellt. Besondere wurde, daß dieser Kollege sich jetzt zurückzieht, da derselbe sich beim Drucker verpflichtet hat, für die Schulden mit aufzukommen. Auch wurde getadelt, daß ein anderer Kollege so gut wie nichts für die „Einigkeit“ geleistet hätte. Dann wählte man folgende 12 Kollegen in die Pressekommision: Kubitzke, Herrmann, Barnewitz, Kasper, Wladerny, Neumann, Ulfes, Hertel, Berlinmann, Falkenthal, M. Wisk und Pöhlitz. Der vorgelassenen Zeit wegen wurde die Wahl der Ausschußmitglieder bis zur nächsten Versammlung vertagt.

In der Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Teltow-Charlottenburg, welche am 4. August tagte, wurde beschlossen, eine Landpartie per Kreuzer nach Verlihof bei Wannsee zu unternehmen und zur Vergütung des Arrangements derselben ein Vergütungskomitee aus folgenden Herren gewählt, bei welchen noch Hilfest zu dieser Landpartie für den Preis von 1.50 M. zu haben sind:
August Wötter, Wilmerdorferstraße,
Joh. Burmeister, Tankelmannstraße,
Gust. Borgemeister, Knobelsdorferstraße,
Theodor Siegel, Berlinerstraße,
Karl Werder, Grünstraße 101.

Der Vorsitzende des Vereins war von der Versammlung am 29. Juli beauftragt worden, den Reichstags-Abgeordneten des Kreises Teltow-Charlottenburg, Prinzen Handjery, anzusprechen, über seine Thätigkeit im Reichstagsamt öffentlich Bericht zu erstatten. Der Vorsitzende hat diesen Auftrag ausgeführt und darauf folgendes Schreiben erhalten:

„Vergnügt, den 29. Juli 1891.
Auf das Schreiben vom 25. d. M. erwidere ich Ihnen, daß ich Sie in keiner Weise für legitimirt zu erachten vermag, aber meine Thätigkeit als Reichstags-Abgeordneter Rechenschaft zu verlangen, da Sie, wie ich festgestellt habe, Vorsitzender des dortigen Sozialdemokratischen Wahlvereins sind und ich es somit für ausgeschlossen halte, daß ich mein Reichstagsmandat ihrer Mitwirkung verdanke.
Prinz Handjery.“

Am
Herrn Meernitz, Charlottenburg,
Wilmerdorferstr. 42.“

Auf Grund dieser Ablehnung spricht der Sozialdemokratische Wahlverein Teltow-Charlottenburg dem Prinzen Handjery das Recht ab, Volksvertreter zu sein.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher in Berlin lebenden Parteigenossen aus den Kreisen Wittenberg, Torgau, Schweinitz und Siebenbrunn fand am 13. August statt. Dieselbe diskutierte über den in der vorherigen Versammlung vom Genossen Nicfop gehaltenen Vortrag und wählte den Genossen Gresse zum Vertrauensmann, ferner die Genossen Wittenberg, Torgau, Torgau, Vohse-Torgau, Gehlich, Viederwerda und Wötter-Schweinitz als Agitationskommission. In der nächsten Woche soll eine neue Versammlung die Mittel zur kräftigen, erfolgreichen Agitation auf dem Lande diskutieren.
Unter „Verschiedenem“ behauptete Genosse Gresse, daß der

Bericht der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

zum Internationalen Arbeiterkongress in Brüssel über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland.

III.

Am 6. Mai trat der Reichstag nach der Neuwahl zum ersten Male zusammen. Eine der ersten Handlungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war die Einbringung eines Arbeiterschutzgesetzes...

Zu Unternehmungen, welche unter dieses Gesetz fallen, darf die Arbeitszeit für alle über sechzehn Jahre alten Hülfspersonen vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an täglich höchstens zehn Stunden, an Sonn- und Feiertagen höchstens acht Stunden, ausgenommen die Pausen, währen.

Vom 1. Januar 1894 an wird die höchstzulässige Arbeitszeit auf täglich neun, vom 1. Januar 1898 an auf täglich acht Stunden herabgesetzt.

Bei Arbeiten unter Tag (in Bergwerken, Salinen etc.) oder in Betrieben, in denen ununterbrochen Tag- und Nachtarbeit stattfindet, darf die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten; bei Arbeiten unter Tage ist hierbei die Zeidauer oder Ein- und Ausfahrt in die Arbeitszeit einzurechnen.

Jugendliche Hülfspersonen im Alter von 14 bis 16 Jahren dürfen täglich nicht über acht Stunden beschäftigt werden.

Kürzere Arbeitsstunden sind der freien Vereinbarung beider Vertragsschließenden Theile überlassen.

Gleich bei Eröffnung der Session legte auch die Regierung einen Entwurf vor, der sich auf die gleiche Materie bezog. Während aber, wie wir gezeigt haben, die kaiserlichen Erlasse, welche vor der Wahl erschienen waren, davon sprachen: „Die Zeit, die Löhner und die Art der Arbeit zu regeln“, also offen sich zur Einführung eines Normal-Arbeitsgesetzes bekamen, war in dem Regierungsentwurf von dieser ersten und grundlegenden Forderung jeden Arbeiterschutzes keine Rede mehr.

Die in dem Entwurf enthaltenen Bestimmungen über die Einschränkung der Arbeitszeit auf 11 Stunden und das Verbot der Nachtarbeit vorgehen, hierüber bis zum 14. Lebensjahre und für jugendliche Arbeiter im Alter von 14—16 Jahren änderte der Entwurf an den bisherigen gesetzlichen Vorschriften — 6 resp. 10 Stunden tägliche Arbeitszeit — nichts.

Wie nach einigen anderen kleinen Verbesserungen des ursprünglichen Entwurfs gegenüber brachte der Regierungsentwurf aber in Bezug auf den sogenannten Kontraktbruch und die Ausübung des Koalitionsrechtes Bestimmungen, welche in der Praxis eine völlige Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter gleich zu Stande bringen würden.

Von jeder Seite der Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiter ist es bekannt, daß die Bestimmungen der politischen Verfassung und Versammlungsgesetze, welche fast ausschließlich aus der schrittweisen Realisationszeit stammen, auch auf die gewerkschaftlichen Vereinigungen Anwendung finden. Da diese Gesetze das Inverbindtreten mehrerer Vereine unterlagen, eine solche Verbindung aber schon erblickt wird in einer Geldsendung, die ein Verein an einen anderen sendet, oder in einem Brief, der von dem einen Vereinsvorstand an einen anderen gerichtet wird, so haben die deutschen Gewerkschaften — ganz abgesehen von den Verfolgungen auf Grund des Sozialistengesetzes — unter fortgesetzten polizeilichen und gerichtlichen Schrecken zu leiden.

Es existirt kein deutscher Gewerkschaftsverband, dessen Organisation infolge polizeilicher und richterlicher Maßnahmen schon aufgelöst worden ist oder doch hat umgemodelt werden müssen.

Wenn trotz dieser seit Jahrzehnten geübten Blatereien die deutschen gewerkschaftlichen Vereinigungen eine respektable Stärke erreicht haben, so spricht dies gewiss einerseits für die Widerstandsfähigkeit solcher Verbindungen für die Arbeiter und andererseits für die große Ausdauer derselben, wenn es gilt, ihre Klasseninteressen wahrzunehmen.

Gegen die „sozialdemokratischen Fachvereine“ hat sich denn auch in der letzten Hälfte der achtziger Jahre, wo der Geschäftszustand ein etwas flatterer war und die Arbeiter diese Gelegenheit allgemein zur Verbesserung ihrer Lage benutzten, die ganze Wuth des Unternehmertums gerichtet. Speziell auch die Vertreter der Großindustrie bekundeten eine Lohneinddrückung gegenüber den — auch von Kreisen, die nicht den Arbeiterklassen angehören — aufgestellten Forderungen, den Arbeitern in ihren Fachorganen eine Interessensvertretung zu geben. Im Namen der Politik und der Autorität, ohne deren Vorhandensein kein gewaltiger Betrieb möglich sei, wurde die vollständige Unterwerfung der Arbeiter unter den souveränen Willen der Unternehmer und ihrer Stellvertreter verlangt.

Seit Jahren schon wird systematisch jede Bewegung der Arbeiter, welche auf eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen abzielt, als Folge und Ausfluß „sozialdemokratischer Exzerzieren“ in der Bourgeoispressen hingestellt. Dieser Tendenz folgte nun auch die Regierung, indem sie in ihrem sogenannten Arbeiterschutzgesetz gradezu draconische Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechtes beantragte.

Am den Arbeitern aller Kulturstaaten zu zeigen, was die soziale deutsche Regierung, welche sich unter dem Zeichen der Sozialreform eingeführt und durch die Berufung der internationalen Arbeiterschutz-Konferenz auch in den Augen so mancher Auslandes sich mit der Glorie der Arbeiterfreundlichkeit schmückt hat, unter Mißbrauch des Koalitionsrechtes verfährt und welche Strafen sie darauf gesetzt haben will, lassen wir hier den in Betracht kommenden Paragraphen in seinem Wortlaut folgen:

§ 153. Wer es unternimmt, durch Anwendung körperlicher Zwanges, durch Drohungen, durch Chrocverletzungen oder durch Verunsicherungen

1. Arbeiter oder Arbeitgeber zur Teilnahme an Verhandlungen der im § 152) bezeichneten Art zu bestimmen oder am Abkritt von solchen Verhandlungen zu hindern,

2. Arbeiter zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Fortsetzung oder Annahme der Arbeit zu hindern,

3. Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen oder an der Annahme von Arbeitern zu hindern,

wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Ist die Handlung gewohnheitsmäßig begangen, so tritt Gefängnis nicht unter einem Jahre ein.

Die gleichen Strafverfahren finden auf denjenigen Anwendung, welcher Arbeiter zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit oder Arbeitgeber zur widerrechtlichen Entlassung von Arbeitern öffentlich auffordert.

Die gleichen Strafverfahren finden auf denjenigen Anwendung, welcher Arbeiter zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit oder Arbeitgeber zur widerrechtlichen Entlassung von Arbeitern öffentlich auffordert.

Dieser Paragraph mit seinen ungeheuerlichen Bestimmungen wäre in den Händen unserer Berufsrichter, welche aus der Klasse der Bourgeoisie hervorgegangen, mit dieser die Voreingenommenheit gegen die Arbeiterbewegung theilen, zu einer Wollgrube für alle Koalitions-Bestrebungen der Arbeiter geworden. Der Sturm der Entrüstung, den dieser Paragraph in der gesamten deutschen Arbeiterchaft hervorgerufen hat, ließ es schließlich auch der liberalen katholischen Zentrumspartei, welche die starke Hälfte ihrer Wählkreise in rein industriellen oder doch fast industriell durchsetzten Bezirken liegen hat, angezeigt erscheinen, ihre Zustimmung zu versagen.

Damit war zwar die Aussicht auf Annahme dieser schlimmen Bestimmung gefallen; das Arbeiterschutz-Gesetz, wie es schließlich zur Annahme gelangte, kann aber auch in seiner jetzigen Form selbst sehr bescheidenen Ansprüchen an ein solches Gesetz nicht genügen. Es kann dies um so weniger, als es in dem neu eingeführten sogenannten „Bau“-Paragraphen Bestimmungen enthält, welche gradezu ein Ausnahmerecht zu Ungunsten der Arbeiter konstruieren. Nach diesem Paragraphen haben die Unternehmer das Recht, Arbeitern, welche unter Kontraktbruch — gleichgültig aus welchem Anlaß derselbe erfolgte — die Arbeit verlassen, den vollen Betrag eines Wochenlohnes abzuziehen. Und sie können daher einen vollen Wochenlohn, von Beginn des Arbeitsverhältnisses an, den Arbeiter innehalten. Diese Bestimmung ist um so ungeheuerlicher, als das Gesetz ausdrücklich vorschreibt, daß der Lohnabzug nicht an den Nachweis eines durch den Kontraktbruch erlittenen Schadens gebunden ist. Welcher es also einem Unternehmer durch Entlassung der Arbeiter, diese zum Verlassen der Arbeit ohne Jumahaltung der bedingtenen Kündigungfrist zu bestimmen, so profitirt der Ertere aus seiner Niedertätigkeit den Betrag eines Durchschnittslohnes aller seiner Arbeiter. Diese Bestimmung allein genügt, um den Werth dieses Arbeiterschutzgesetzes zu kennzeichnen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten deshalb auch, als im laufenden Jahre die Schlussabstimmung über das Gesetz stattfand, geschlossen gegen dasselbe. Sie thaten dies sehr zum Kerger der sogenannten Arbeiterfreunde in den Reihen der Regierungsparteien, denen durch die rückwärtslose Kritik des Entwurfes, welche unsere Abgeordneten während der wochenlangen Verhandlungen an denselben übten, der Plan verborgen wurde, die Arbeiterklasse über den eigentlichen Inhalt des Gesetzes zu täuschen.

Nachdem feststand, daß die Absicht, das Sozialistengesetz in irgend einer Form zu verlängern, ausgebehen war, wurden von Seiten unserer Parteileitung alle Vorbereitungen getroffen, um in kürzester Frist nach Erlöschen des Gesetzes, seit zwölf Jahren zum ersten Male wieder, auf deutschem Boden einen allgemeinen Parteikongress abzuhalten.

Das Gesetz lief am 30. September 1890 ab; unterm 1. August erschien bereits der von der gesamten Reichstagsfraktion unterzeichnete Aufruf zur Beisichung des Parteikongresses, der auf den 12. Oktober und die folgenden Tage nach Halle a. d. S. einberufen wurde.

In derselben Nummer des in London erscheinenden „Sozialdemokrat“, welcher die Einberufung des Kongresses zur Veröffentlichung drohte, zeigte die Redaktion des Blattes an, daß die Herausgeber desselben beschlossen haben, dem einflussreichsten Kalbe der Reichstagsfraktion entsprechend, den „Sozialdemokrat“ mit dem Tage des Außhörens des Sozialistengesetzes eingehen zu lassen.

In der bezüglichen Erklärung der Herausgeber des Blattes heißt es: „Die Mission des „Sozialdemokrat“ ist erfüllt.“

„Gegründet zu einer Zeit, wo die Partei in Deutschland herangezogenen Blätter, die nicht dem Will des Sozialistengesetzes verfallen waren, mit keinem Wort für die Partei und die Parteigenossenschaft eintreten durften, war der „Sozialdemokrat“ dazu bestimmt, diese Lücke auszufüllen, die Schläge, die das Sozialistengesetz der Partei zufügte, zu parieren. Es war in erster Reihe das Kampforan der Partei gegen das Ausnahmengesetz... Das Ausnahmengesetz fällt am 1. Oktober, mit Ende September hört der „Sozialdemokrat“ zu erscheinen auf.“

Unterm 27. September 1890 erschien die letzte Nummer, nachdem die erste Probenummer im Septembermonat 1879 ausgegeben worden und das Blatt seit Beginn des IV. Quartals des gleichen Jahres, also volle 11 Jahre ununterbrochen erschienen war.

„Die Flagge der deutschen sozialdemokratischen Partei“ nennt Friedrich Engels den „Sozialdemokrat“ in einem in der letzten Nummer desselben abgedruckten Artikel und fügt dem das nachfolgende Urtheil über das Blatt an, dem wir uns nur anschließen können: „Das Blatt war der Mähen und Gefahren werth, die seine Verbreitung kostete. Es war unbedingt das beste Blatt, das die Partei je besaßen. Und zwar nicht bloß, weil es, allein von allen, volle Pressfreiheit genöß. Die Grundzüge der Partei wurden mit seltener Klarheit und Bestimmtheit dargelegt und festgehalten, und die Taktik der Redaktion war fast ausnahmslos die richtige.“

Nachdem das Sozialistengesetz abgelaufen war, trat in Berlin am 15. März die internationale Arbeiterschutz-Konferenz zusammen. Die Ergebnisse der Verhandlungen derselben dürfen wir als bekannt voraussetzen. Auf die deutsche Arbeiterchaft blieben die tendenzhaften und nur aus Halbheiten sich zusammensetzenden Vorschläge dieser „Diplomaten-Konferenz“ ohne jeden tiefen Eindrud. War die Konferenz selbst eine Konfession an die auf dem Pariser internationalen Arbeiterkongress einstimmig gestellte Forderung nach Arbeiterschutz-

Maßregeln für alle Kulturstaaten, so zeigten die Verhandlungen und Vorschläge derselben auf das deutlichste, wie sehr es noch der unerwähnten Agitation und Thätigkeit der Arbeiter selbst bedarf, bis wir von schuldigen Worten zur That kommen werden.

Das Erlöschen des Ausnahmengesetzes wurde in ganz Deutschland durch feste und Versammlungen in der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober in großartiger Weise gefeiert. In den Belagerungsgebieten bildeten speziell die Ausgewiesenen, deren Rückkehr nunmehr kein Hinderniß mehr im Wege lag, den Mittelpunkt der Demonstration.

Nach den Feststellungen, welche über die Folgen des Sozialistengesetzes gegen Schluß desselben veröffentlicht wurden, ergibt sich, daß ca. 1400 Truchschriften, darunter 135 periodisch erscheinende, während der Dauer des Gesetzes verboten wurden; außerdem beträgt die Zahl der aus den Belagerungsgebieten Ausgewiesenen über 900 und sind in den diversen Provinzen welche auf Grund oder doch aus Anlaß des Ausnahmengesetzes anhängig gemacht worden sind, einschließlich der Untersuchungs-haft ca. 1000 Jahre Gefängnis und Zuchthaus erkannt worden. Diese Strafen vertheilen sich auf annähernd 1500 Personen. Die Zahlen geben nur ein sehr unvollständiges Bild der wirklichen Drangsale, welche auf Grund des Schandgesetzes und infolge desselben von der sozialdemokratischen Arbeiterchaft ausgehalten werden mußten.

Wie wenig aber die Partei während der zwölf Jahre, wo ihre Anhänger vogelfrei erklärt waren, erschüttert worden war, das zeigt sich in glänzendster Weise, als am Sonntag den 12. Oktober der Parteikongress in Halle durch unseren Genossen W. Liebknecht eröffnet wurde.

Dreihundertneunundneunzig Delegirte aus allen Gauen Deutschlands waren herbeigeeilt, um Reugniß abzulegen dafür, daß die Partei, trotz aller Brutalitäten und Infamien, die sie und ihre Anhänger überstanden hatten, nicht nur ungebrochen, sondern verdoppelt und verdreifacht dastand. Außerdem waren aus Oesterreich, Frankreich, England, Belgien, der Schweiz, Polen, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen Vertreter der dortigen Bruderparteien herbeigeeilt, um unser Sieges- und Triumphefest, zu dem sich der Haller Kongress thatsächlich gestaltete, mitzufeiern. Auch trafen Glückwünsche und Sympathiebekundungen aus fast allen Herren Länder und allen Welttheilen ein. Die Verhandlungen, welche volle acht Tage in Anspruch nahmen, fanden unter vollster Oeffentlichkeit statt und bezeugten die vollständige Einigkeit und Geschlossenheit der Partei in allen maßgebenden prinzipiellen und taktischen Fragen. Ueber die finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei theilte der die Kassengeschäfte führende Genosse A. Webel mit, daß seit der Abrechnung auf dem Kongress in St. Gallen, welche bis Ende August 1887 reichte, die Einnahmen der Partei 800 500,52 M. betragen. Der wirkliche Kasseebestand war nach Abzug aller Ausgaben 171 820,90 M. Es darf hier bemerkt werden, daß die Opferfreudigkeit der Parteigenossen seit dem Kongress in Halle sich in alter Weise weiter bewährt hat.

Der Kongress gab der Partei eine neue Organisation, erklärte das in Berlin erscheinende „Berliner Volksblatt“ zum Zentralorgan der Partei, wobei für dasselbe der Titel „Vorwärts“ gewählt wurde, und schloß seine Verhandlungen mit einem begeisterten Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Seit dem Kongresse in Halle nahm die Neuorganisation der Partei und die Anpassung an die durch das Erlöschen des Sozialistengesetzes geschaffene Situation die Hauptthätigkeit der Partei in Anspruch.

In fast allen Provinzen und Ländern des Reiches fanden seitdem Provinzial- oder Landes-Parteitage statt. Speziell der Parteipresse wurde eine große Aufmerksamkeit geschenkt. Diefelbe hat, entsprechend dem Wachsthum der Partei, eine Ausdehnung angenommen, wie nie vorher. Es erschienen zum Beginn des dritten Quartals 1891 an politischen Zeitungen:

wöchentlich 6 Mal 37 Blätter
" 3 " 23 "
" 2 " 7 "
" 1 " 10 "
alle 14 Tage 1 " 1 Blatt

Insgesamt also 69 politische Organe, von denen einzelne 80 000 und mehr Abonnenten zählen und deren Existenz aus eigenen Kräften fast ausnahmslos gesichert ist. Einem Beschlusse des Parteitages in Halle gemäß wurde von Seiten der Parteileitung auch ein in polnischer Sprache geschriebenes politisches Organ ins Leben gerufen, das unter dem vorkleidend ausgeführten nicht mitgezählt ist.

Neben diesen politischen Organen erscheint die „Neue Zeit“ als wissenschaftliche Zeitschrift wöchentlich und außerdem erscheinen zwei sozialistische Mittheilungen und eine Reihe von Blättern für Unterhaltung und Belehrung, von denen viele als Beilagen der politischen Organe mit ausgegeben werden.

Ebenso wie für die politische Partei brachte der Fortfall des Ausnahmengesetzes auch für die gewerkschaftliche Bewegung neues Leben. Zwar ist die niedergehende Geschäftskonjunktur in den beiden letzten Jahren der Streikbewegung sehr ungünstig gewesen, und haben die in Gewerkschaften organisirten Arbeiter deshalb fast allgemein von Angriffstreiks abgesehen und sich auf bloße Abwehrkriege beschränkt. Um desto eifriger wird aber an der Neu-Organisation auf gewerkschaftlichen Gebiete gearbeitet. Die großartigste Erscheinung auf diesem Gebiete ist die Heranziehung der Kohlenbergbau-Arbeiter in den Rahmen der modernen Arbeiter-Organisationen. Gerade diese Arbeiter, deren Zahl in Deutschland gegen 300 000 beträgt, haben sich bis in die neueste Zeit der allgemeinen Arbeiterbewegung ferngehalten, oder doch nur in einzelnen Bezirken, wie z. B. in Sachsen angeschlossen. Das hat sich seit dem großen Bergarbeiter-Ausstand im Jahre 1889 geändert. Die Organisation der S. -Arbeiter hat seit jener Zeit stetig Fortschritte gemacht. Es ist jetzt gesicherte Aussicht vorhanden, daß die deutschen Bergleute, ebenso wie sie sich endlich ermannet und entgegen dem Willen und Gebot der Gruben- und Werksbesitzer sich eine selbständige Organisation zur Wahrung und Vertheidigung ihrer Interessen geschaffen haben, sie auch den Forderungen der Gerechtigkeit, welche früher, besonders in den katholischen Provinzen einen dominirenden Einfluß auf diese Arbeiter ausübten, nicht mehr zum Opfer fallen werden. Bei den Ausständen 1889 und im Frühjahr dieses Jahres haben die Arbeiter Gelegenheit gehabt, die oft behauptete Arbeiterfreundlichkeit der Herren im Talar und der Kutte in der Praxis kennen zu lernen. Diese Erfahrungen haben genügt, um den bis dahin den Bourgeois der Zentrumspartei überfolgte letzten Arbeiter die Augen zu öffnen.

Der Gewerkschaftsbewegung stehen zur Zeit 54 Pressorgane zur Verfügung. Davon erscheinen:

wöchentlich 3 Mal 1 Blatt
" 1 " 24 Blätter
monatlich 3 " 3 "
alle 14 Tage 1 " 22 "
monatlich 1 " 4 "

Der Entwurf erstreckt sich nicht auf das ländliche Dienstpersonal und das sogenannte Hausgebinde, welche Arbeiter in Deutschland noch unter einer sogenannten Gefinde-Ordnung stehen und kein Koalitionsrecht haben.

* Dieser Paragraph hebt alle Verbote mit Strafbestimmungen auf, welche der Vereinigung der Arbeiter oder Unternehmer, zum Behufe der Erlangung besserer Arbeitsbedingungen, insbesondere durch Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, entgegenstanden.

Zu einer Kundgebung im großartigsten Stile gestaltete sich die Kaiserfeier in diesem Jahre. Zwar war an eine Durchsetzung der Arbeitstube am 1. Mai; angesichts der traurigen wirtschaftlichen Lage auch dieses Mal nicht zu denken. Die Reichstags-Fraktion gab deshalb die Parole aus, die Feier allgemein am ersten Sonntag im Mai zu begehen, ein Vorschlag, der auch allgemeine Billigung fand. Am 1. Mai fanden deshalb nur Volks- oder Arbeiter-Versammlungen statt, in denen Resolvente über die Bedeutung der Mai-Demonstration in Bezug auf den Achtstundentag und die internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung erlassen wurden. Am Sonntag darauf aber wurde die Kaiserfeier mit Umzügen — wo diese nicht polizeilich inhibiert wurden — und ähnlichen Demonstrationen begangen. Die Beteiligung der Arbeiterschaft war überall eine großartige. In Hamburg allein nahmen an dem Aufzug nach Schöningh gegenüberer Plätze 100 000 Menschen teil. Eine Festchrift, welche zur Kaiserfeier erschien, wurde in der Auflage von einer halben Million abgesetzt.

Als charakteristische Erscheinung und zur Kennzeichnung der politischen Lage in Deutschland mag hier an die Thatsache erinnert sein, daß gelegentlich einer Nachwahl im 19. hannoverschen Reichstags-Wahlkreis, wo der frühere Reichsminister Fürst Bismarck sich um das Mandat bewarb, derselbe erst bei der Stichwahl, und zwar nur durch die Unterstützung von Parteien, welche zur Zeit seines Regiments auf das Bitterfeld beschränkt hatten, gegen unseren Genossen, den Zigarrenarbeiter Schmalzfeldt, siegen konnte. Der in Betracht kommende Wahlkreis ist ein durchgehends ländlicher Bezirk, zu dem auch nicht eine einzige größere Stadt zählt.

Auch bei anderen Gelegenheiten, so bei den Gemeindevahlen in Sachsen, bei den Wahlen zu gewerblichen Schiedsgerichten, bei den Landtagswahlen in Hessen, behauptete die Partei nicht nur ihren alten Vorherrschaft, sondern machte neue Eroberungen an Stimmen und theilweise auch an Mandaten dazu.

Daß alle diese Kämpfe Opfer fordern, und daß es unseren herrschenden Gewalten, trotz dem Fortfall des Sozialistengesetzes, nicht an Mitteln zur Vergewaltigung und Einschränkung unserer Propaganda fehlt, zeigten neben den Tausenden von Proletariern, welche mit den Hilfsmitteln der schwarzen Listen und des Boykotts geächtet und brotlos gemacht sind, die zahlreichen Prozesse und Verurteilungen auf Grund des sog. gemeinen Rechts seit dem Oktober 1890.

Eine summarische Zusammenstellung vom 1. November 1890 bis Ende Juni dieses Jahres ergibt, daß in diesem Zeitraum von deutschen Gerichten gegen sozialdemokratische Arbeiter, Redaktoren, Redner u. a. auf 99 Jahre, 3 Monate und 5 Tage Gefängnis und 13 436 Mark Geldstrafen erkannt wurde.

Wie man sieht, sind wir auch unterm „neuen Kurs“ und ohne den Ausnahmezustand nichts weniger als auf Rosen gebettet.

Ob aber diese Verfolgungen beibehalten und auch wenn sie verzehnfacht werden sollten, die deutsche sozialdemokratische Partei wird in ihrem Kampf für die Befreiung des Proletariats aus den sozialen und politischen Fesseln nicht erschlagen. Sie wird eingedenk ihrer Pflichten gegenüber den Klassenossen wie den Proletariern aller Länder stets und bei allen Gelegenheiten wie bisher so auch für alle Zukunft kampft und opferbereit auf dem Posten bleiben.

Soziale Ueberblick.

Kopenhagen. Wegen Differenzen über Lohn und Arbeitszeit hat ein Theil der Bäckergehilfen die Arbeit niedergelegt.

Paris. In der Rationaldruckerei haben 1500 Arbeiter die Arbeit niedergelegt; sie fordern die Wiederanstellung eines Faktors. Ferner streikten 200—300 Holzkutscher.

Auch das Steinergewerbe befindet sich infolge des Fortschreitens der maschinellen Technik in einer vollständigen Revolution. So macht den Gehilfen bereits eine Maschine empfindliche Konkurrenz, welche in erstaunlich kurzer Zeit die härtesten Steine zerschneidet und aus eisernen Walzen im Wege des Durchbohrens Röhren herstellt; ferner schleift, poliert, dreht und hobelt diese Maschine die Steine besser, als es die menschliche Arbeitskraft vermag, und da sie das härteste Material mit Leichtigkeit und ziemlicher Sicherheit, insbesondere aber billiger bearbeitet, so wird sie mit Vorliebe bei der Verbindung von Sandstein, Marmor, Granit und Spenit soweit als irgend thunlich verwendet.

Eine noch größere Beschränkung der Arbeitsgelegenheit droht den Steinergewerkschaften durch den Kunsthandstein, welcher angeblich in Berliner und Braunschweiger Fabriken massenhaft hergestellt wird. Der Kunsthandstein sieht dem Naturhandstein ganz ähnlich; er sieht dem Naturhandstein an Härte gleich, ja übertrifft ihn zum Theil noch, läßt sich bedeutend leichter bearbeiten und hat endlich noch den gewaltigen Vortheil für sich, daß er in jeder Farbe und billiger hergestellt werden kann. Seine Wetterbeständigkeit übertrifft vielfach die des Naturhandsteins, er zerbröckelt schwerer als letzterer. Die Herstellung des Kunsthandsteins vervollkommen sich stets mehr und mehr. Große Quadern, mächtige Säulen und schwere Kapitale, die das Thor manch prächtigen Hauses in einen kleinen Vorhof verwandeln, ebenso schöne Gesimse, welche die Giebel- und Vorderfronten mancher vornehmer Häuser zieren, werden bereits aus ihm hergestellt. Bis jetzt hat sich die Produktion nur auf die künstliche Herstellung von Sandstein und Marmor beschränkt; aber bei der stets fortschreitenden Technik wird man wohl auch andere Steinarten herstellen können. Wenn schon jetzt Ornamente und Figuren durch Verwendung einer Form dahindeweise hergestellt werden, so wird sich das System noch bedeutend verbessern und selten wird man die Statuen und Statuetten u. s. w. von der Hand eines kunstfertigen Menschen einzeln ausbauen lassen, sondern die Herstellung einer einzelnen Form wird genügen, hunderte von tadellosen Steinbildern zu einem Spottpreise, gleich den Gipsskulpturen, auf den Markt zu werfen. Fürwahr, man muß staunen! Wer einem Michel Angelo gesagt hätte, daß derselbe einmal Statuen wie die seinige von einem gewöhnlichen Arbeiter in kürzester Frist werden hergestellt werden können! Und doch ist es schon halb dahin gekommen und wird zweifellos auch ganz dahin kommen, denn auch auf diesem Gebiete arbeitet der Kapitalismus mit Aufbietung aller der Erfindungskraft seiner elend besoldeten Arbeiter. Auch mit der Zementsteinindustrie — Bäckerei hat man die Steinmetzarbeit schon sehr verdrängt; doch hapert die Sache noch gewaltig; das Produkt ist meist nicht solid und weiterbeständig, und nach strengem Frost, sowie nach langjährigem Wetteranschlag vermag die Paare mancher Fabrikation keinen Widerstand mehr zu leisten und zerbröckelt. Trotzdem wird es mit Vorliebe zu sogenannten Spektationsbauten — richtiger Schwindelbauten — verwendet. Das Haus sieht alsdann sehr solid und fest gebaut aus, macht einen sauberen Eindruck und ist verhältnismäßig billig. Frohen Muthes bezieht der Käufer sein neues Heim, um nach einigen Jahren sehen zu müssen, wie all der Glanz des Außenputzes nach und nach zerbröckelt und vor dem Wetter vergeht. Aber die bisherige Methode dürfte sich sicherlich verbessern lassen, so daß auch jener Mangel Abheilung erfährt.

So jagt eine Erfindung die andere. In allen Gewerben erseht die billige Maschine die menschliche Arbeitskraft; die Tausende der Reichen suchen sich immer mehr, während andererseits Abertausende von verdrängten Arbeitern darben und umherirren, von Ort zu Ort, von Haus zu Haus, von Thür zu Thür wandernd, um Arbeit zu erhalten. Nur der Sozialismus ist im

Stande, den Ausgleich zwischen der überhandnehmenden Maschinenarbeit und der menschlichen Arbeitskraft herbeizuführen.

Hamburg. Am 14. August fand zwischen der Direktion der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft und der Kommission der streikenden Kesselreiniger eine Besprechung statt, die jedoch resultatlos verliefen ist. Die Direktion wies die Arbeiter einfach mit der Bemerkung ab, daß sie für die betreffende Arbeit Leute genug hätte. Thatsache ist, daß es gelungen ist, eine Anzahl Handwerkburschen aus den Herbergen zur Heimath für die Arbeit zu gewinnen. Damit von diesen nun keine entlaufen können und ebenso keine der Streikenden an Bord kommen, ist an jedem Dampfer der Gesellschaft ein Hafenpolizist stationirt. So wollten am 13. August zwei dieser Leute die Arbeit verlassen und hatten auch bereits die Ausgänge der Schuppen E und D erreicht, wurden hier aber von den Polizisten wieder eingeholt und an Bord zurückgebracht. Die Polizei sieht also auch bei diesem Streik auf Seiten des Unternehmerrthums, obgleich derselbe kein „trivoler“ ist, wie die Herren sich gerne ausdrücken. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung an Bord der Schiffe reichen sonst die Schiffsoffiziere aus, sie würden auch jetzt dazu ausreichen. Selbst der Aufenthalt an der Außenseite der Kais wird den Posten der Streikenden verboten. Es ist ihnen fast unmöglich gemacht, die Angeworbenen von der Nothlage zu unterrichten und so den Zuzug abzuhalten. Ausschreitungen zu verüben ist die Aufgabe der Polizei, man sollte aber Leute, die sich zur Wahrung ihrer Interessen dort aufhalten und keine Ausschreitungen begehen, ungestört lassen.

Hamburg. Eine bis jetzt unseres Wissens noch nicht dagewesene Aufkündigung der kaiserlichen Erlasse vom 5. Februar 1890 durch die Verwaltung der hiesigen fiskalischen Eisenbahnwerkstatt. Seit einigen Tagen sind daselbst Plakate angebracht, wodurch diejenigen Arbeiter, welche dem sozialdemokratischen Vereine angehören, aufgefordert werden, bis zum Donnerstag, den 13. August, ihren Austritt aus dem Verein zu veröffentlichen, widrigenfalls dieselben entlassen werden. Gleichzeitig wird auf die bekannten kaiserlichen Erlasse hingewiesen und gesagt, daß der Kaiser es übernommen habe, für das Wohl der Arbeiter zu sorgen.

Wenn der Hamburger Eisenbahnverwaltung keine Reklamation zu Theil wird, so wird nicht das Interesse der Sozialdemokratie, sondern das der Krone geschädigt. Das haben sich die Urheber des Plakats nicht überlegt.

In Heide findet Mitte September ein Kongreß der Schuhmacher von Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck statt. Die Tagesordnung desselben enthält folgende Punkte: Die Lage der Schuhmacher im Allgemeinen. Wie ist dieselbe zu verbessern? Organisation. Agitation. Anträge und Verschiedenes.

Die Schuhmacher Freiburgs i. B. planen einen Schuhmacherkongreß für Baden und Elsaß-Lothringen. — Diese bezirksmäßigen Konferenzen scheinen uns für die Vertiefung der Organisationen sehr wichtig.

Wien. Im Auftrage der Landesregierung in Troppau wurde der Viehlicher Fachverein für Arbeiter der Textilgewerbe, welcher bei der gesammten hiesigen Arbeiterschaft die leitende Rolle spielte, durch das hiesige Bürgermeisterei-Amt für aufgelöst erklärt und das Vereinsvermögen mit Beschlagnahme belegt. Die Aufkündigung erfolgte wegen angeblicher Ueberschreitung des statutarisch vorgeschriebenen Wirkungsbereiches, begangen durch Theilnahme an sozialdemokratischen Demonstrationen und insbesondere durch die Haltung des Vereins gegenüber der Arbeiterbewegung im Mai dieses Jahres.

Das Kapital spielt hier wieder einmal die Rolle des Walfes, dem das Sammel „Arbeit“ das Wasser getrübt haben soll. Und eine k. k. Landes-Regierung steht natürlich dem Wolf Kapital dienstwillig zur Verfügung.

Wien. Am Sonnabend wurde der Allgem eine Schneidertag eröffnet. Den Vorsitz führte Smittka-Wien. Die Verhandlungen werden in deutscher, czechischer und ungarischer Sprache geführt. Vertreten sind 49 Städte durch 67 Delegirte, darunter 5 weibliche, wovon eine aus Berlin. Die Verhandlungen des ersten Tages wurden mit den Berichten der Delegirten über die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen ausgefüllt. Alle Redner und Rednerinnen schilderten die Lage der Arbeiter des Schneidergewerbes sehr traurig. Fräulein Tramba-Wien bedauert, daß die Arbeiter ihre Klassenlage noch nicht erkannt haben und der Organisation noch fern stehen. Die Schneiderinnen in den Salons, d. h. diejenigen, welche bei den Herrschaften im Hause arbeiten, rechnen sich gar nicht zu den Arbeiterinnen. Ferner sei einer der größten Schäden, daß die Lagerarbeit von den auf dem Lande lebenden Arbeiterinnen angefertigt wird, welche dabei einen Verdienst von täglich 50—60 Kreuzer haben (1 Kreuzer = 2 Pf.). In Budapest hindert die Behörde die Errichtung jeder Organisation, die Verhandlungen sind deshalb dort noch schlechter als in Wien. Von den Triester Delegirten wird besonders über die Ausbeutung weiblicher Arbeiter, namentlich in der Hausindustrie und über geradezu abentheuerliche Wohnungsverhältnisse gellagt. Ebenso machte die Gefängnisarbeit große Konkurrenz. Der Delegirte von Soratberg verlangt nach Schidung ebenso trauriger Zustände die gesetzliche Einführung des Maximal-Arbeitstages und Minimallohnes. Vor allem sei eine geeignete Organisation zu schaffen. — Aus Leon berichtet der Delegirte, daß dort von 4 resp. 5 Uhr früh bis 11 resp. 12 Uhr Nachts gearbeitet werden müsse, um das notwendige Quantum zu leisten, da Maschinen vollständig fehlen, also Alles mit der Hand gearbeitet werden müsse. Bei dieser Arbeitszeit werden höchstens 12 Gulden pro Woche verdient. — In Prag ist der Durchschnittsverdienst 10—12 Gulden bei 16 stündiger Arbeitszeit. — In Zwickau bekommt eine Wochen-Arbeiterin bei voller Kost 1 Gulden pro Woche. Für eine Wollwäckerin werden im Stücklohn 6—10 Kreuzer, für einen ganzen Stoffanzug (geringe Waare) 50 Kreuzer (1 Mark) bezahlt. Redner will die Organisation auf dem Lande mehr gepflegt wissen. Aus Lemberg wird von einer großen Lehrlingsausbeutung berichtet, während der Vertreter von Graz darüber klagt, daß die Frauenarbeit viel schlechter als die Männerarbeit bezahlt werde. In Innsbruck betheiligen sich die Frauen lebhaft an der sozialdemokratischen Bewegung. Ganz ähnlich klingen die Berichte aus Zeplich, sowie aus einer Anzahl kleinerer Orte.

Am zweiten Verhandlungstage schilderte der Vertreter des deutschen Schneiderverbandes, Reichhaus, die Entwicklung des deutschen Schneidererbes, mit Berücksichtigung der verzweifelten Anstrengungen der Zünfte, weist darauf hin, daß die Konfessionäre bei Kleinmeistern und Nachschneidern trotz der schlechten Zeit noch gute Geschäfte machen. Ferner schildert Redner die Aufkündigung des Kleinbetriebes durch das Großkapital. — Frau Kobylas, Delegirte der deutschen Schneiderinnen, schildert die Lage derselben in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung und mahnt zu einheitlichem organisatorischem Vorgehen unter strengster Vermeidung der Zerstückelung geistiger und materieller Kräfte. Nach einigen Besprechungen polnischer und czechischer Delegirter wird aus Karlsbad über eine etwas bessere Lage der Arbeiter berichtet, aber über die Konkurrenz der Wiener Kollegen Klage geführt.

In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärt dann der Kongreß, daß es die strengste Pflicht der Schneider und Schneiderinnen sei, durch straffe Organisation, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen habe, den schädlichen Wirkungen der privatkapitalistischen Produktionsweise entgegen zu treten.

Hierauf folgte die Verathung über die beste Form der Organisation und Agitation. Die meisten Redner erklärten sich für einen allgemeinen Zentralverband für alle Kronländer Oesterreichs. Der Delegirte von Graz wünscht die Gründung eines Verbandes

für ganz Europa. Es wird beschlossen, wegen der als „unvollständig“ bezeichneten Gesetze beim etwaigen Scheitern des Versuches der Gründung eines Zentralverbandes für das System der Selbstorganisation und der Vertrauensmänner nach deutschem Muster einzutreten.

Das Einkommen der Schornsteinfegermeister scheint ein verhältnismäßig hohes zu sein. In einer Versammlung der Arbeiter-Kameralehrer-Gehilfen wurden Beispiele angeführt, wonach Meister jener Branche in München und anderen Orten 20 000 M. Jahreseinkommen haben. Dabei sind schlechte Bezahlung der Gehilfen, Lehrlingszuchterei, Trinkgeldebettel, Unterbringung der Gehilfen in schlechten Wohn- und Schlafräumen an der Tagesordnung. Die erwähnte Münchener Versammlung erließ in einer Resolution die Regierung um Abhilfe der Uebelstände und daß sie insofern gewirkt zu haben, als jetzt die Verfeinerung der Rechtsvorschriften so gut wie beschlossene Sache ist. Dem Vernehmen nach sprach sich noch für Aufhebung des Monopols der Schornsteinfegermeister und für Freigabe des Rechts der Weiblich Vaden s liegen die Verhältnisse nicht besser und die Uebelstände veranlassen den ersten sozialdemokratischen Arbeiterkongreß in einer Resolution die Aufhebung des erwähnten Monopols zu verlangen. Der nächste Landtag wird sich jedenfalls damit zu befassen haben. In Baden ist das Reformopol noch sehr ausgesprochen als in Bayern. Dem sogenannten Erbeshändler (Wappacher) Kaminfegermeister Walter in Heidelberg sind außer Heidelberg Stadt und Land die jetzigen und ehemaligen Kreise Schwellingen, Weinheim, Ladenburg, Neckargemünd und theilweise noch Eberbach mit einem Einkommen von über 20 000 M. zugehörig. Andere Rehrbezirke mit 10—12 000 M., namentlich in den Städten, sind gar nicht selten und Dienste mit 5—7 000 M. sogar sehr häufig.

Die Gehilfen dagegen erhalten höchstens einen Lohn von 7 M. monatlich und ehe sie es bis zum Meister bringen, bei Prüfung ablegen können, haben sie in der Regel schon ein Alter von 35—38 Jahren erreicht.

Man sieht, die Schornsteinfegermeister wären wohl in der Lage, ihre Gehilfen ordentlich zu bezahlen, aber trotzdem thun sie das nicht. So ist auch hier wieder erwiesen, daß die Arbeiter sich die Verbesserung ihrer Lage erkämpfen muß durch Organisation.

In Vigneblies, einem kleinen Orte bei Joumies (Frankreich), wo 8000 Arbeiter streiken, sollten am 16. August 11 000 rufen stattgefunden haben. Das ist indessen nicht wahr, sondern es herrscht unter den Streikenden nur große Mißthimmung darüber, daß man ihnen „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ Soldaten aus Lille auf den Hals geschickt hat.

Aus Paris wird gemeldet, daß die Karrenfahrer einer Versammlung am Sonnabend in der Arbeiterbörse beigewohnt haben, den Aufruf zu erklären. Sie verlangen eine Lohnerhöhung und weigern sich, selbst ihre Karren zu laden. Ordnungen wurden ernannt, welche mit den Fuhrherren verhandeln sollen. Die Erdarbeiter verharren im Ausstand.

London. 16. August. („Ain. Volkstg.“) Vier schottische Werke kündigten ihren Hochöfen-Arbeitern für morgen, 17. August, die Arbeit zu beenden. Das ist indessen nicht wahr, sondern es herrscht unter den Streikenden nur große Mißthimmung darüber, daß man ihnen „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ Soldaten aus Lille auf den Hals geschickt hat.

Omaha (Vereinigte Staaten). Die Arbeiter der Omaha and Grant Schmelzwerke, welche sich wegen des am Sonntag, den 13. August, getretenen achtstündigen Arbeitstages streikend erklärten, schrieben gestern, täglich 12 Stunden zu arbeiten, haben auf den Schluß der Schmelzwerke mit Gewalt erzwungen. Es sind Amerikaner, sondern Polen und Böhmen, 1500 Arbeiter streiken. Die Firma hat durch das Verlöschen der Feuer Tische von Dollars Schaden.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür gegeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeiner Interessens zur Verfügung; sie vermahnt sich aber gleichmäßig dagegen, werthlose Inhalte derselben zu veröffentlichen.

In der Nr. 189 des „Vorwärts“ sprechen sich in einem Artikel, betitelt: An die Arbeitergesellschaft Berlins! drei Bäckergehilfen gegen die Gründung einer Genossenschaftsbäckerei aus.

Es wird in dem Artikel die Frage verneint, ob den Bäckerarbeitern durch die Gründung einer Genossenschaftsbäckerei geholfen werden kann, und sogar behauptet, daß den Arbeitern dieser Branche nur ein Schaden daraus erwachsen könnte. Den Schaden würde aber entschieden kein Arbeiter des Bäckererbes zu tragen haben, denn wenn in dem betreffenden Artikel gesagt wird, daß bei den Zukünftigen kommen der Genossenschaft die Bäcker-Arbeiter verpflichtet wären, Antheilscheine zu nehmen, so wird es doch wohl möglich sein, einzuleuchten, daß dazu Niemand gezwungen werden kann, sondern dies nur lediglich von der Ueberszeugung und dem Willen jedes Einzelnen abhängt. Daß die Meister eines Antheilscheins sofort von den Bäckermeistern erkannt und dann gemindert werden würden, kommt mir ebenfalls unerklärlich vor, oder sollte jeder Inhaber eines solchen Scheines denselben an die Stirn tragen. Also darum nur nicht gleich so ängstlich! wird ferner behauptet, daß durch die Errichtung der Genossenschaftsbäckerei der Arbeitsnachweis des Verbandes geschädigt würde, das Wesen der modernen Sechsenverläufer unterläßt würde.

Wissen denn die Einsender des betreffenden Artikels, daß der Verband noch auf solchen schwachen Füßen steht, dieselbe in der Zeit von zweieinhalb Jahren nicht im Stande war, mit irgend einer Arbeit nachzuwachen? Dieses wurde von Seiten des damaligen Sprechboten damit begründet, daß dann die Arbeitgeber, zu welchen ich in Arbeit schickt würde, abspürigen und dann von dem Arbeitsnachweis des Verbandes keine Gehilfen mehr in Arbeit nehmen würden. Und dies alles nur darum, weil ich öffentlich die Mitgliedschaft General angelegt hatte. Was die Kommissionäre anbetreffend, würden dieselben ihr sauberes Handwerk nach wie vor betreiben, ob eine Genossenschaft gegründet wird oder nicht.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Arbeiter Bäcker durch den Boykott zum Siege verhelfen könnten, was wird uns da als Musterstätte angegeben.

Hierbei scheinen die Verfasser aber vergessen zu haben, daß sie nicht in Amerika, sondern im lieben deutschen Vaterland wohnen, wo die Sitten, Gesetze und Gebräuche ganz anders sind als in Amerika.

Das System der Kontrollmarke hat ebenfalls seine Schwächen; das zu beweisen geschieht aber am besten in einer Versammlung. Daß man aus Bäckerkreisen jetzt erst mit jener Motivierung Verwendung erregen, zumal die beiden Unterzeilen nach Kost und Preiser in einer öffentlichen Versammlung der Arbeiter anwesend waren und keine Einsprüche dagegen erhoben, als die Sache dort zuerst erörtert wurde. Die größte Mühe werden wohl unsere Jostmeister gehabt haben, als dieselben Artikel zu Gesicht bekamen.

Ich will mich nicht weiter hierauf einlassen, sondern lasse es der am Donnerstag den 20. August, Abends 8 1/2 Uhr, im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee, tagenden Böhmischen Versammlung, hierüber Beschlus zu fassen.

Näheres siehe Inserat und Sulenanschlag.
Julius Schläter, Bäcker,
Rügenstr. 86.